

Die Transitionsdebatte über Lateinamerika – Dichotomien, Defizite und deviant cases

Die Transitionsdebatte, die mit dem Erscheinen des vierbändigen Standardwerkes von O'Donnell/Schmitter/Whitehead angeregt wurde,¹ ist inzwischen nicht nur als eine „veritable growth industry“,² sondern auch als *mainstream* der vergleichenden Politikwissenschaft etabliert, und hat sich empirisch nahezu den gesamten Globus zu eigen gemacht. Neben Osteuropa, wo politisches Kalkül, das Überraschungsmoment und der radikal-systemare Charakter des Wandels in besonderer Weise zur Publikationslust animiert haben mögen, ist dabei Lateinamerika der bevorzugte regionale Gegenstand einer schier unüberschaubaren Literaturfülle. Es gibt einfache Erklärungen für eine solche Favorisierung Lateinamerikas als empirischer Bezugspunkt: Erstens handelt es sich um jene Region, die hinsichtlich der Extension und Intension von Ähnlichkeiten (sozioökonomische und politische Legate, Sprache, Kultur) als „the best laboratory for comparative analysis“³ gilt. Daraus ergibt sich zweitens, daß es für Lateinamerikanisten sprachlich und logistisch relativ leicht ist, eine vergleichsweise große Anzahl von Fällen zur Kenntnis zu nehmen. Schließlich hat drittens die lateinamerikanische „Transitionswelle“ im interkontinentalen Vergleich auch *de facto* die größte Fallanzahl hervorgebracht, wobei der Beginn der „Welle“ in dieser Region schon zum Ende der siebziger Jahre zu datieren ist, so daß zudem die für ausgewogene Analysen notwendige längere zeitliche Distanz gegeben ist, was wiederum eine stärkere theoretische Komprimiertheit der Analysen erlaubt.

Der Stellenwert der Transitionsdebatte in der heutigen politologischen Lateinamerikanistik kann kaum überschätzt werden. Dies hat einzelne Autoren⁴ dazu bewogen, einem Paradigmenwechsel von der Revolutionstheorie bzw. Dependenztheorie hin zu einer modernisierungstheoretisch orientierten Transitions“theorie“ das Wort zu reden. Ohne einen solchen thematischen Akzentwechsel an sich in Frage stellen zu wollen, sei die Bezeichnung als theoretischer Paradigmenwechsel doch bezweifelt, denn die Transitionsdebatte besitzt nicht den Rang einer selbständigen Theo-

rie,⁵ da sie nur imstande ist, Transitionsprozesse zu beschreiben, zu systematisieren, aber noch keinen kohärenten Erklärungswert besitzt. Ein Grund dafür ist die Ergebnisorientiertheit von Theorien, welche die entsprechenden Prozesse erst endgültig in sich aufnehmen, wenn das Endresultat bekannt ist. Das gilt sowohl für die Revolutionstheorie, die fast immer nur die siegreichen Revolutionen zum Gegenstand nimmt und nur sehr selten unvollendete revolutionäre Prozesse, als auch für die Reflexion von Demokratisierungsprozessen, die einen Theorieanspruch erst dann erheben kann, wenn diese als etablierte Demokratien „geronnen“ sind.

Etwas verkürzt dargestellt sind es hingegen einmal mehr das traditionelle modernisierungstheoretische Paradigma und das – die neueste lateinamerikanische Demokratisierungsdiskussion allerdings weniger prägende – dependenztheoretische Paradigma, zwischen denen die Transitionsdiskussion ausgetragen wird, und es sind letztlich auch „alte“ politikwissenschaftlichen Dichotomien, die sie inhaltlich bestimmen: Staat vs. Markt, Zivilgesellschaft vs. Staat, Elite vs. Masse, Nationales vs. Globales etc. Das Neue der Transitionsdebatte ergibt sich in erster Linie aus dem besonderen „wellenartigen“⁶ bzw. „pendelhaften“⁷ Charakter der Transitionen, die in Lateinamerika (selbst im Vergleich zu ähnlichen Prozessen in den dreißiger Jahren) gleichzeitig noch nie so zeitlich komprimiert und so *cross-national* waren. Eine andere Frage ist, ob die Erklärung eben dieser historischen Einmaligkeit eines Paradigmenwechsels innerhalb der Theorie *bedarf*, die gegenwärtige Analyse der Transitionsproblematik selbst erfüllt diese Mission jedoch nicht.

Die Transitionsdebatte ist in ihre „metatheoretische“ oder besser – da ihr hier der Rang einer Theorie abgesprochen wurde – in eine selbstreflektive Phase eingetreten. Die im folgenden notierten Überlegungen sind eben diesem Anliegen⁸ auch verpflichtet; sie können und wollen nicht den Anspruch eines Fazits erheben. Ihre Vorläufigkeit sei Schwäche und Stärke zugleich. Selbstreflexion in der Wissenschaft setzt in der Regel immer dann ein, wenn Ernüchterung über Euphorie zu obsiegen beginnt. Genau diese Tendenz scheint gegenwärtig die anfänglich teleologische und voluntaristische Linearität der Transitionsdebatte über Lateinamerika zu modifizieren. Nachdem zunächst konstatiert wurde, die Debatte habe bereits ein „reichlich abgegrast Feld“⁹ hinterlassen, und später, sie sei in einen „theoretical impasse“¹⁰ geraten, beklagen besonders kritische Stimmen in den neuesten Publikationen gar ein „disenchantment“ bzw. „desencanto“.¹¹ Dabei reicht das Spektrum der Ernüchterung von der Frage nach den Schwierigkeiten der *Konsolidierung* der neuen Demokra-

tien,¹² nach dem Stellenwert verbliebener autoritärer Elemente innerhalb der Demokratie nach der Transition¹³ bzw. dem autoritären Weg der Transition,¹⁴ der Prognose, auch diese Demokratisierung sei nur Pause zwischen zwei Autoritarismen,¹⁵ bis hin zum Zweifel daran, ob es sich denn überhaupt schon um *demokratische* Transitionen gehandelt habe, wobei nicht selten der „traditionsreiche“ Pessimismus mitschwingt, Lateinamerika könne *per definitionem* keinen endgültigen Ausweg aus einer chronisch verfestigten Zyklizität von Autoritarismus und Demokratie finden.¹⁶ Und jene, die einst zu den optimistischen Wegbereitern der Transitionsdiskussion gehörten, beginnen nun die Transitionsetappen zeitlich-inhaltlich „aufzufächern“ und damit auch unter den eigenen „alten“ Transitionsrastern durch eine stärkere holistische Sicht die Spezifik der Länder-Fall-Beispiele wiederzuentdecken. Dazu dient ihnen vornehmlich das Konzept der „delegativen“ (nicht-institutionalisierten, nicht-repräsentativen) Demokratie, die für die südamerikanischen „Post-Transition-Staaten“ Argentinien, Brasilien, Peru, Ecuador und Bolivien, aber auch für das Gros der mittelamerikanischen Länder als typisch bezeichnet werden.¹⁷

Daß zu Beginn der neunziger Jahre ein Prozeß der Desillusionierung eingesetzt hat, ist gleichermaßen Empirie und Theorie geschuldet. Anders gesagt, zunächst reflektiert die Transitionsdebatte eine zunehmende Krisenhaftigkeit der Transitionsprozesse selbst. Als empirischer „Wendepunkt“ in Lateinamerika gilt der *autogolpe* des peruanischen Präsidenten Fujimori im April 1992. Auch der russische „Katzenjammer“ der Gegenwart zeitigt durchaus Fernwirkung in seiner Rezeption durch die Disputanten lateinamerikanischer Transitionen.¹⁸

Schließlich ist die Debatte in den Kontext einer generellen Krise der Sozialwissenschaft gestellt,¹⁹ und dabei wird auch sie jenem schlechten Ruf gerecht, nach dem politische Lateinamerika-Studien von jeher eher „trend-followers“ als „trend-setters“ der *comparative politics* sind.²⁰ Sartori gestand ein: „Vis-à-vis the high hopes of three decades ago, comparative politics is, to say the least, a disappointment.“²¹ Parallel zu diesem deutlichen, doch trüben Eingeständnis wird, unterschiedlich prononciert, eine Kluft zwischen genuiner Politikwissenschaft und Lateinamerikanistik beklagt.²² Entsprechen beide Einschätzungen der Realität, so ist der logische Schluß wahrlich vernichtend: Zu den ohnehin schwachen *comparative politics* als politikwissenschaftliche Disziplin gesellt sich eine noch schwächere politologische Lateinamerika-Komparatistik. Natürlich kann hier nicht diskutiert werden, ob und wie die erste der beiden

pessimistischen Aussagen bewiesen werden kann. Wohl aber ist klar, daß die komparative Lateinamerikanistik, darunter zuvörderst die Transitionsanalyse, nicht besser sein kann, als es das von den *comparative politics* entwickelte methodologische Instrumentarium gestattet.

In der noch kurzen Geschichte der Transitionsdebatte über Lateinamerika sind zwischen Euphorie und Enttäuschung – grob angeschlagen – zwei einander partiell überlappende bzw. in einander übergehende Phasen festzustellen: Die *erste Phase* war ab Mitte der achtziger Jahre durch das von O'Donnell/Schmitter/Whitehead herausgegebene Standardwerk grundsätzlich geprägt worden. Wohl jede folgende Publikation dieser Phase zum Thema nahm auf den „Vierbänder“ Bezug und zeigte sich in der Regel auch seinem *approach* methodologisch verpflichtet. In dieselbe Etappe fällt auch das (zumindest vorläufige) Ende aller autoritären Regime in Südamerika. Folgerichtig ist die Literatur in dieser Zeit empirisch auch vornehmlich auf die „klassischen“ Fälle eines relativ komprimierten Regimewechsels in diesem Teil Lateinamerikas fokussiert. Thematisch ist die Debatte auf Analyse, Verlauf, Periodisierung, Dynamik, Protagonisten und Modi der Transition konzentriert. Als methodologischer Ansatz dominiert eindeutig der modernisierungstheoretische, behavioralistische, ja „elitenlastige“. Die Mißachtung der Strukturen gegenüber den Akteuren, der Massen gegenüber den Eliten, des Konfliktes gegenüber dem Pakt führte zu einem beträchtlichen voluntaristischen Ansatz und daher zu einer euphemistischen Grundstimmung, da Demokratisierung allein vom Willen der Eliten abhängig und schnell sowie zielgerichtet machbar zu sein schien. „Crafting“²³ und „engineering democracy“²⁴ wurden zum geflügelten Wort, und die Transition sah sich nicht selten auf ein spieltheoretisches oder „demokratie-technologisches“ Problem reduziert.²⁵ Als Ort der Transition figurierten fast ausschließlich die politischen Institutionen. Als demokratietheoretischer Ansatz überwog deshalb auch klar der Bezug auf Schumpeter im „schlechteren“ und Dahl im „besseren“ Fall und damit die Identifikation von Demokratie mit politischem *procedere*. Es war die optimistische Anfangsphase, die sich mit der Debatte über die Konsolidierung der neuen Demokratien im Kreise zu drehen begann. Mit der Diskussion um diese sogenannte „zweite Transition“, die schon zu diesem Zeitpunkt zuweilen wie eine Flucht vor den „ungelösten“ Fällen der ersten Transition anmutete, schien die Diskussion „gesättigt“, und es hatte den Anschein, als bliebe thematisch nur noch, das Schicksal der sich „konsolidierenden“ Demokratien weiterzuverfolgen und, gestützt durch „Demokratiemessungen“, Klassifikationen der neu errichteten Demokra-

tien anzulegen. Doch mit der Selbstreflexion kam auch die (Selbst-)Kritik, und mit dem Beginn der neunziger Jahre wurde sie zunehmend zum Grundtenor der *zweiten Phase* der Transitionsdebatte. Innerhalb dieser, sehr viel heterogeneren und streitbareren Diskussionsetappe sind mindestens drei Tendenzen auszumachen: Zunächst meldeten sich jene zu Wort, die ein ausgewogeneres Verhältnis von Struktur und Handeln für die Analyse und die Berücksichtigung von „Prozeßmustern“ sowohl in Gestalt der *cleavages* als auch der politischen Legate einforderten.²⁶ Dann intervenierten auch die Dependenztheoretiker der „alten Schule“, die – jeweils unterschiedlich nuanciert, aber zumindest in der Konsequenz – politische Demokratie an ökonomische Gleichheit und die Rationalisierung des Weltmarktes banden und Demokratisierung damit in eine entlegene Zukunft verlegten.²⁷ Die dritte Tendenz wurde von den „Transitionsklassikern“ vertreten, die eine weitergehende inhaltliche Aufsplittung des Transitionsprozesses verfochten, die Linearität ihrer eigenen Sichtweise aus der ersten Phase zunehmend modifizierten, jedoch ohne ihren behavioralistischen und elitenlastigen Ansatz grundsätzlich in Frage zu stellen.²⁸ Dabei traten innerhalb aller drei Tendenzen – in jeweils völlig unterschiedlicher Diktion präsentiert – neue Fragestellungen in den Vordergrund:

- die Einbindung nationaler Transitionsprozesse in globale Transitionen,
- die „Wiederentdeckung“ der „civil society“,
- die „doppelte Transition“ zur Demokratie und zum Neoliberalismus,
- die Gefahr der „(Un-) Regierbarkeit“ als Folge demokratischer Transition.

Die Diskussion um diese vier Themen, die für die zweite Etappe der Transitionsdebatte so charakteristisch sind, bewegt sich zwischen zwei extremen (und hier bewußt zugespitzt dargestellten) Erklärungsmustern:

Variante 1: Einer durch die Demokratisierung und die pluralistischen Ausdrucksmöglichkeiten innerhalb der neuen Demokratie ohnehin „entfesselten“ *civil society* würden zusätzlich die allerdings unvermeidbaren sozialen Kosten auferlegt, die aus der neoliberalen Strukturanpassung erwachsen, welche sich ihrerseits aus den Erfordernissen von Weltmarkt und Weltordnung ableite. Daraus ergebe sich eine „neue“ Krise der Regierbarkeit („ingobernabilidad“), die den Konsolidierungsprozeß der neuen Demokratien gefährde. Als logischer, wenn auch explizit selten formulierter Ausweg aus dem Dilemma bliebe die Option der unsichtbaren Hand des Marktes kombiniert mit der wiedererhobenen harten Hand des Staates oder/und die „Selbstbeschneidung“ der Zivilgesellschaft.

Variante 2: Eine historisch überkommene und den Abhängigkeiten vom Weltmarkt geschuldete ökonomische und soziale Ungleichheit sei durch die sozialen Kosten der neoliberalen Strukturanpassung enorm verstärkt worden und habe die „alte“ Strukturkrise noch verschärft. Die Etablierung von Demokratien sei somit ohne Reformierung des Weltmarktes *per se* ausgeschlossen, da fehlende ökonomische Ressourcen des Volkes (*pueblo*) immer auch einen entsprechenden Mangel an politischen Ressourcen implizierten. Zivilgesellschaft sei mit eben diesem Volk bzw. mit jenen Bewegungen, in denen es sich politisch konstituiert (*movimientos sociales*), gleichzusetzen. Nur sie seien die Protagonisten des Kampfes um eine „tatsächliche“ Demokratisierung. Die Transitionen der achtziger Jahre hätten dagegen nur zur Errichtung von „low intensity democracies“ geführt, die – ähnlich der früheren Doktrin der Nationalen Sicherheit – von außen und mit dem Ziel der Ruhigstellung der Zivilgesellschaft „induziert“ worden seien.

Während „Variante 1“ einen neokonservativen modernisierungstheoretischen *approach* widerspiegelt, steht „Variante 2“ für den besonders radikalen dependenztheoretischen Ansatz. So zugespitzt wie hier dargestellt, kommen diese Erklärungsmuster in der Literatur nicht oft vor, doch gerade durch die Zuspitzung zeigen sie eine sehr reale Gefahr auf, die methodologisch paradoxerweise beiden Ansätzen gemeinsam ist: Sowohl die Gefahr der *Minimierung* des demokratischen Anspruchs, die dem ersten Ansatz eigen ist, als auch die der zweiten Sichtweise innewohnende Tendenz der *Maximierung* desselben führen in ihrer logischen Konsequenz zu einer „Heilserwartung“ von außen und zu Fatalismus im Innern, das heißt statt zu mehr politischer Mobilisierung und Partizipation zu mehr Abstentionismus und Apathie. In beiden Fällen drängt sich das Bild einer „blockierten“ Gesellschaft auf. Beide paradigmatischen Sichtweisen gehen also letztlich auf eine gemeinsame theoretische Matrix²⁹ zurück, eine Matrix, in der die Determinanz der Ökonomie gegenüber der Politik festgeschrieben und die Möglichkeiten einer relativ autonomen politischen Entwicklung unterbewertet werden. Dem elitären Voluntarismus der „Gründerzeit“ der Transitionsdiskussion steht nun ein ebenso elitärer Pragmatismus bzw. – bezogen auf die Subalternen – gar Fatalismus (der natürlich auch mit dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus zu tun hat) entgegen. Obwohl verbal immer wieder beschworen, besitzt die Zivilgesellschaft bei beiden Varianten eine konzeptionell untergeordnete bzw. eindimensionale Bedeutung. Folgerichtig wird in den Mittelpunkt demokratiethetheoretischer Überlegungen die Frage nach der widersprüch-

lich interpretierbaren *democracia posible* („mögliche Demokratie“) und damit nach dem Verhältnis von Utopie und Pragmatismus gerückt.

Der Grundton der Diskussion in dieser zweiten Phase wandelte sich somit nunmehr von Euphorie zu mehr Pragmatismus, ja Pessimismus. Empirisch hängt das auch damit zusammen, daß das Schwergewicht jetzt auf den noch verbliebenen subregionalen „weißen Flecken“ auf der lateinamerikanischen Transitions-Landkarte, das heißt auf Mittelamerika, gelegt wird, wo Demokratisierungsprozesse, selbst ausgehend von sehr optimistischen, weil formalen Prämissen, nur schwerlich als abgeschlossen gelten können. Nun hat aber mit Peru auch die südamerikanische Erfahrung ein klares Beispiel nicht nur für einen Rückschlag *innerhalb* eines demokratischen Transitionsprozesses aufgebracht, sondern auch die Variante einer Transition von einem zu einem anderen autoritären Regime suggeriert.

Die genannten Etappen, einschließlich der ihnen zugehörigen Extrempositionen, können natürlich nur das grobe Gefüge und die Entwicklungstendenzen einer inzwischen fast zehnjährigen Transitionsdebatte markieren. Die Tendenz zu mehr Heterogenität der Positionen und kritischer (Selbst)reflektion innerhalb der zweiten Etappe ist offensichtlich. Dennoch lassen sich Defizite ausmachen, die typisch für *beide* Etappen sind und die im folgenden, weil sie im Prinzip durchaus zu vermitteln wären, als „falsche“ Dichotomien benannt und diskutiert werden sollen. Diese „Dichotomien“ finden sich in der Regel in der Mehrzahl der Transitionsanalysen zu den wechselseitigen Verhältnissen der folgenden Kategorien:

1. Staat, Regime und Regierung,
2. Realität, Utopie und historisch-strukturelle Limitierung von Demokratie,
3. normativer Anspruch und Verifizierbarkeit der Demokratiekriterien,
4. Struktur und Akteur sowie Elite und Masse,
5. Markt, Staat und Zivilgesellschaft,
6. (In-) Stabilität und Transition,
7. Transition und Revolution,
8. komparativer Anspruch und Fall-Analyse.

In der Regel sind diese Dichotomien entweder einer terminologischen Konfusion oder der Schwäche geschuldet, stabilitätsorientierte, evolutionäre, modernisierungstheoretische und revolutions-, konflikt- und/oder dependenztheoretische Ansätze nicht für einander fruchtbar machen zu können. Die Dichotomien sind durchaus grundsätzlicher Art, doch treten sie insonderheit bei jenen Fällen hervor, die am Rande der Transitions-

debatte stehen, weil sie nicht in das „klassische“ Transitionskonzept passen wollen. Diese Länder – auf dem lateinamerikanischen Festland sind es México, Kolumbien, Venezuela, Perú, Guatemala, El Salvador und Honduras – seien hier als *deviant cases* der Transitionsdebatte bezeichnet und im besonderen empirischer Gegenstand der folgenden Diskussion. Auf den ersten Blick scheint die Marginalstellung in der Transitionsanalyse das Einzige zu sein, was diesen Ländern gemeinsam ist. Auf den zweiten Blick lassen sich innerhalb der Transitionsproblematik jedoch weitere verblüffende Gemeinsamkeiten feststellen: Stets fällt eine ausgesprochene Prozeßhaftigkeit von Transition ins Auge, wobei der Beginn nur schwer zu datieren ist, aber in der Regel historisch weit hinter den Beginn der letzten „Transitionswelle“ zurückgeht. In allen Ländern kann Transition selbst als *Etablierung* von Demokratie (geschweige denn schon als *Konsolidierung*) als noch nicht vollzogen eingestuft werden, das heißt sie muß als „im Fluß“ befindlich und reversibel (El Salvador), stagnierend (Guatemala), als im Jahrzehnte zurückliegenden Beginn (Kolumbien) oder vor dem Vollzug (Honduras) „versandet“, als abgebrochen oder unterbrochen (Perú), „zurückgerollt“ (Venezuela) bzw. als zumindest kontemporär grundsätzlich gegendemokratisch (México) gelten. Es sind gegenwärtig Regime-Hybride zu konstatieren, die sich zwar auch (México) bzw. überwiegend (Honduras, Kolumbien) demokratischer *procedere* bedienen, doch die zur gleichen Zeit dominant oder zumindest wesentlich autoritär bzw. violent sind, ohne jedoch dem „klassischen“ autoritären Regimetyp vergangener Jahrzehnte, ob nun in seiner süd- oder mittelamerikanischen Prägung, zu gleichen. In allen Ländern hat aber die Armee noch immer *National-Security*-Funktionen inne und muß als entscheidender Machtfaktor angesehen werden. Schließlich ist für die Gesamtheit dieser Fälle eine soziale Polarisierung auszumachen, die noch über das übliche lateinamerikanische Maß hinausgeht und die auch in jüngster Zeit immer wieder kleinere (Kolumbien, Honduras) oder größere (Venezuela, México) soziale Explosionen hervorrief.

1. Die terminologische Konfusion betrifft zunächst den Terminus „Transition“ selbst: Er suggeriert gewissermaßen die (positive) Vorbestimmung seines Ergebnisses, womit ihm nahezu eine teleologische Bedeutung zugeschrieben wäre. Das mag weniger problematisch in den Fällen sein, da Transition (als Regimewechsel) erst einmal stattgefunden hat, obgleich auch da ihre Irreversibilität noch in Frage gestellt ist. Doch eine solche Bestimmung verschließt den Blick vor „offenen“ Prozessen

des Regimewandels und erst recht vor Transitionen, die sich außerhalb politischer Institutionen vollziehen, sowie vor dem Phänomen des (unbefriedigten) Transitionsbedarfs. Die *deviant cases* haben gerade das gemein.

Der konventionelle Gebrauch der Kategorie ist inzwischen auf den „demokratischen Regimewechsel“ fokussiert, obgleich die „klassische“ Definition jeglichen Regimewandel meint.³⁰ Die Konzentration auf den Regimewechsel heißt schließlich, *graduelle* politische Demokratisierung, jeglichen nichtinstitutionellen politischen Wandel und *außerpolitische* Demokratisierung zu ignorieren.

Für den *Modus der Transition* liegt eine verwirrend-widersprüchliche Vielfalt von Termini vor. Im Deutschen sind das die Begriffe „Transition“ und „Transformation“, „Regimewandel“ und „Systemwechsel“, „Liberalisierung“ und „Demokratisierung“.³¹ Im Englischen konkurrieren „transformation“, „replacement“, „transplacement“,³² „transaction“, „breakdown“, „extrication“,³³ transition by pact, imposition, reform, revolution.³⁴ Das Spanische offeriert „reforma“, „ruptura“, „ruptforma“.³⁵

Die *Etappen der Transition* sind (zuweilen bei jeweils denselben Autoren) widersprüchlich benannt. So figuriert „Demokratisierung“ einerseits als Überbegriff für Transition, andererseits aber auch als deren Unterbegriff, wenn sie als die der „Liberalisierung“ nachfolgende zweite Phase der Transition bezeichnet wird.³⁶ Gleichzeitig wird von einer „zweiten Transition“ als der Konsolidierungsphase der neuen Demokratie gesprochen. Schließlich werden die Begriffe „Demokratisierung“ und „Redemokratisierung“ äußerst kontrovers gebraucht: Daß es sich um eine Redemokratisierung handelt, scheint nur für Chile und Uruguay – also für jene Länder mit ausgewiesener demokratischer Tradition – unstrittig zu sein. Doch auch im Falle der anderen südamerikanischen neuen Demokratien wird in der Literatur „Redemokratisierung“ favorisiert.³⁷ Für Mittelamerika finden beide Konzepte Verwendung, wobei jedoch zu Recht eine scharfe Polemik gegen die Möglichkeit einer Redemokratisierung auf dem – mit Ausnahme Costa Ricas – vordemokratischen³⁸ und insofern *anti*-demokratischen³⁹ Isthmus geführt wird.

Vor allem aber ist weder der Ausgangspunkt („autoritäres Regime“/„Autoritarismus“/„autoritärer Staat“) noch der Endpunkt der Transition („demokratisches Regime“/„Demokratie“/„demokratischer Staat“) bisher eindeutig und konsensträchtig definiert worden.⁴⁰ So haben zunächst die Urheber der Termini nicht erklärt, warum der kategoriale Wechsel vom „bureaucratic-authoritarian State (BA)“⁴¹ zum „authoritarian political

regime“⁴² vorgenommen wurde, um dann auch später dem Unterschied zwischen beiden Kategorien zumindest für das Problem der Demokratisierung keine besondere Relevanz zuzumessen.⁴³ Dabei kann die analytische Unterscheidung zwischen Staat, Regime und – dies vor allem – Regierung durchaus entscheidend für die Beantwortung der Frage sein, ob und mit welcher Dimension eine Transition stattgefunden hat. So waren die salvadorianische und guatemalteckische *Regierung* in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre formal demokratisch gewählt, doch weder das Regime (die sich in Normen und Relationen zwischen politischen Institutionen und Bürgern widerspiegelnde Form der Herrschaftsausübung) noch der Staat (das Set von Institutionen und juristischen Regeln, das heißt die politischen Gewalten und administrativen Organe) wurde einem demokratischen Anspruch gerecht. Im Fall von Kolumbien und Venezuela mag man hingegen geneigt sein, den Charakter der staatlichen Institutionen für demokratischer zu halten als das Regime, für Chile oder Paraguay nach 1989 könnte, denkt man an die Armee, die Umkehrung gelten. Besonders gefährlich ist es, demokratische Regierungswechsel für schon vollzogene Transitionen zu erklären. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß auch Regierungen das Regime und den Staat partiell und in der Wahrnehmung großer Teile der Bevölkerung auch in Gänze repräsentieren. In Anlehnung an Strasser soll hier deshalb davon ausgegangen werden, daß Staat, Regime und Regierung nie isoliert voneinander existieren und hinsichtlich ihrer kategorialen Ausdehnung in der genannten Reihenfolge zu nennen sind. Gleichzeitig gehen sie partiell ineinander über. So wäre es falsch, die Begriffe unvermittelt nebeneinander zu setzen, und richtig, vom „Regime der Regierung des Staates“ zu sprechen.⁴⁴ Eine solche Position versteht sich auch als Gegenentwurf zu der neoliberal inspirierten Position, das im Ergebnis einer Transition gewandelte Regime solle gegenüber dem Staat Barrieren errichten.⁴⁵ Hinzugefügt sei jedoch, daß auch mit allen drei Kategorien der Begriff selbst der *politischen* Demokratie nicht ausgeschöpft ist. Wie noch zu sehen sein wird, werden sie von der nicht-institutionellen, aber dennoch politischen Zivilgesellschaft „umschlossen“.

2. Der „Endpunkt“ der Transition, die Demokratie, ist selbstverständlich einer noch weitaus kontroverseren Diskussion ausgesetzt. In diesem Zusammenhang reichen die Antinomien von „formaler“ vs. „substantielle“, „repräsentativer“ vs. „delegative“ Demokratie, „delegativer Demokratie“ vs. „demokratische Bewegung“.⁴⁶ Im Mittelpunkt steht stets die

Frage nach dem Verhältnis von liberaler und partizipativer Demokratie. Die Antinomien finden in der Gegenüberstellung von *procedere* und „Selbstregierung“ wohl ihre extremsten Pole. Demokratietheoretisch werden dabei Schumpeter und Dahl vs. MacPherson „gehandelt“. Die Entscheidung zugunsten von „Dichotomie“ oder „Kontinuum“ bzw. die Favorisierung von (wenigen) Zwischenstufen („semi-demokratisch“, „*dictablanda*“ und „*democradura*“ oder *democracia/autoritarismo* „*excluyente*“ bzw. „*incluyente*“) werden im allgemeinen für komplizierte „Marginalfälle“ zu Rate gezogen, ohne diese jedoch damit immer adäquat charakterisieren zu können.

„Democracy became a ‘hurrah’ word“,⁴⁷ aber – so könnte man etwas provokant formulieren – keiner weiß, was es *in concreto* bedeutet. Die Annäherung an den Begriff erschwert ein doppelt „falsches“ Dilemma. Zum einen geht es um das antinomische Verhältnis von Utopie und Pragmatismus und damit von Maximierung und Minimierung des demokratischen Anspruches. Zum anderen scheinen die „Pragmatiker“ eine durchaus notwendige Operationalisierung der Kategorie „Demokratie“ als eine „voraussetzende Minimierung“ des demokratischen Anspruches zu interpretieren, und die „Utopisten“ dagegen die Operationalisierung ihrem Maximalanspruch zu opfern. Was ist damit gemeint?

Bereits aus der Demokratietheorie sind „Minimierungen des demokratischen Anspruches“ – unter pragmatischem Gesichtspunkt vorgeschlagen – bekannt. Sie heben im Verbund auf die gnostischen Grenzen und auf die jeweils historisch limitierte „Machbarkeit“ von Demokratie als der „Kunst des Möglichen“ ab. Spätestens seitdem in der Demokratietheorie direkte durch repräsentative Demokratie normativ ersetzt wurde, hat fast jede Bestimmung von Demokratie auch jenen resignativen Churchillschen Unterton, nachdem es die schlechteste Regierungsform, ausgenommen aller übrigen sei. Was hier noch Bonmot ist, wird zum Programm, wenn Demokratie als die Frucht einer Situation angesehen wird, in der die friedliche Koexistenz weniger kostet als die gegenseitige Zerstörung.⁴⁸

Da die Demokratie nicht gestaltbar ist, wird sie beispielsweise bei Dahl *letztlich* zur Polyarchie „abgemindert“, das heißt zu einem Set von Institutionen, die formale politische Spielregeln markieren. Die Idee von der sozialen Gleichheit gilt ihm zwar weiter als Axiom,⁴⁹ verbleibt jedoch im Hintergrund und wird von seinen Rezipienten zumeist völlig vernachlässigt. Da Dahl (neben Schumpeter) als der in der lateinamerikanischen Transitionsliteratur meistzitierte moderne Demokratietheoretiker gelten kann, wird die Polyarchie mit ihren Kriterien zur „Latte“, an der lateiname-

rikanische Demokratisierung in der Regel gemessen wird. Doch auch die sieben Polyarchiekriterien eines Dahl sind zu allgemein, um eindeutig feststellbar zu sein, und gleichzeitig zu gering dimensioniert, um den komparativen infrastrukturellen Nachteil einbeziehen zu können, den Lateinamerika gemeinsam mit anderen Entwicklungsländern im Vergleich zum Norden hat. Spätestens hier tritt nun die Frage auf, ob lateinamerikanische Demokratie durch einen Vergleich mit einem „Idealtyp“, mit der Norm westlicher Industrieländer, mit anderen Entwicklungsländern oder mit eigenen, aus dem Westen voraussetzungslos übernommenen Verfassungsnormen bestimmt werden soll.

Das heißt, erstens bleibt die Frage, ob normatives Demokratieverständnis nur westliche oder eben auch lateinamerikanische „Ahnen“ hat. Zweitens existiert das alte Problem des Auseinanderklaffens westlicher Normen und lateinamerikanischer Realitäten. Drittens geht es darum, „klassische“ Demokratiecriteria westlicher Provenienz ins „Lateinamerikanische“ zu „übersetzen“, das heißt sie für diese Region zu operationalisieren. Das ist schwer und nur landesspezifisch zu machen, aber weil es so schwer ist, sind Vereinfachungen schnell bei der Hand. Die größte Vereinfachung, die in der Behauptung besteht, fast ganz Lateinamerika sei demokratisch, weil es demokratische Verfassungen hat (wobei auch eine Militärdiktatur oftmals verfassungskonform ist), soll hier nicht weiter analysiert werden. Im Zuge einer nächsten Minimierung wird das Fehlen von Militärdiktaturen und das Ausbleiben von Militärputschen bzw., in der Umkehrung, die Wahl eines zivilen Präsidenten in „freien“ Präsidentschaftswahlen zum einzigen oder zumindest entscheidenden Demokratiecriteria erhoben,⁵⁰ wohl weil dies im Unterschied zu anderen Indikatoren das am leichtesten verifizierbare Kriterium ist. Doch dieser „rettende Strohalm“ kann, wie vor allem die *deviant cases* zeigen, zu sehr trügerischen Schlüssen führen, denn Demokratisierung schließt zwar Demilitarisierung ein, ist aber nicht mit ihr identisch.

Eine solche häufig vorkommende Vereinfachung hat einen gefährlichen methodologischen Hintergrund, der paradoxerweise – eben da er von der benachteiligten Ausgangsposition Lateinamerikas ausgeht – viel subtiler und gefährlicher ist als der erstgenannte, zumal er unterschwellig wirkt und dadurch vorseilende Funktion hat: Gerade weil Lateinamerika eben Lateinamerika sei und durch die „traditionelle Dissoziation von politischer Norm und politischer Wirklichkeit“⁵¹ präfigurativ geprägt, müsse die „Demokratie-Latte“ von vornherein niedriger angelegt werden. So „geht“ beispielsweise Wahlbetrug als Wahlunregelmäßigkeit (und

Schönheitsfehler) 1994 in México, El Salvador oder in der Dominikanischen Republik „durch“, der, in solchen Größenordnungen, in Europa (man erinnere sich an die Kommunalwahlen vom Mai 1989 in der DDR) zu Recht als Zeichen für grundsätzlich undemokratische Wahlen angeprangert wurde. Schließlich sind Länder mit ambivalenten Regime-Hybriden und unveränderten Langzeit-Demokratiedefiziten, wie es die *deviant cases* sind, nicht selten Gegenstand einer weiteren vorausseilenden Reduktion demokratischen Anspruches, denn sie waren einerseits das kleinere Übel im früher autoritären gesamtlateinamerikanischen Kontext, und andererseits sind Demokratiedefizite dort so chronisch und formal so wenig faßbar, daß sie am Ende, ob nun in euphemistischer oder resignativer Manier, vernachlässigt und als national-spezifische Demokratievariante („*democracia a la colombiana*“ etc.) letztlich akzeptiert werden.

Viele dieser „vorausseilenden Minimierungen“ demokratischen Anspruches gehen bereits im Vorfeld der Analyse vor sich und sind quellenmäßig schwer zu orten. Doch die neueste Lateinamerika-Transitions-literatur bietet dafür auch den seinerseits ambivalenten Beleg. Damit ist das Konzept der *democracia posible* angesprochen, bei dem paradoxerweise gerade der realistisch-präfigurative Ansatz als Hintergrund dafür dient, positive (Ja, Demokratie ist möglich.) mit resignativer Konnotation (Sie ist aber limitiert oder unwahrscheinlich.) zu verbinden. Fernández Reyes gliedert das inhaltliche Dilemma in Etappen: mögliche Transition und unwahrscheinliche Konsolidierung.⁵² Strasser beschreibt die *democracia posible* als schon reale Regierungsmischform, „*posible de realización histórica en un tiempo dado*“⁵³, und nimmt ihr damit ausdrücklich jeglichen Charakter eines utopischen Entwurfes. Torres-Rivas bezeichnet sie als künftighin realisierbar, aber gleichzeitig als „*historicamente condicionada*“.⁵⁴ Die Unterschiede zwischen den Positionen sind fein nuanciert und dennoch relevant. Wie im letzteren Fall ist das Konzept der *democracia posible* immer dann tragfähig, wenn es gleichermaßen den Verweis auf Erreichbarkeit, strukturelle Limitierung und visionäre Extrapolation impliziert und die Spannung zwischen den drei Dimensionen ausbalanciert. Maihold unterscheidet mit diesem Ansinnen zwischen „möglicher Demokratie“ und „Demokratie des Möglichen“.⁵⁵ Die „*democracia posible*“ ist also noch nicht real, jedoch machbar.⁵⁶ „The constitution of each one of history's features is rather the result of a vocation for utopia and the ability to make it feasible.“⁵⁷ Wenn dagegen eine „*definición restringida*“ („eingeschränkte Definition“)⁵⁸ der Demokratie, angelegt an eine „*democracia restringida*“ („eingeschränkte

Demokratie“), Gefahr läuft, aus Regime-Hybriden den Idealfall von Demokratie „hervorzuzaubern“, ist das ein trügerischer Kunstgriff. Das heißt aber dennoch nicht, daß auf Minimalkriterien völlig verzichtet werden kann. Die Spannung zwischen allen drei Dimensionen auszuhalten erfordert, solche notwendigen, wenn auch nicht hinreichenden Minimal-kriterien aus analytischen Gründen anzuwenden, doch ohne sich auf sie zu beschränken und ohne daß einschränkend wirkende strukturelle Legate vorausseilend zum Modell erhoben werden.

3. Allgemeingültige Definitionen „ins Lateinamerikanische zu übersetzen“, zu *operationalisieren*, und statt sie zu überladen, sie als ein „working model“⁵⁹ zu entwickeln, heißt nicht den Anspruch an lateiname-rikanische Demokratie vorausseilend zu *minimieren*. Operationalisierung bedeutet dabei weder Reduktion auf formale noch auf politische Demokratie, die ihrerseits nicht identisch sind. Was also heißt Operationalisierung? Als Prämissen sollen gelten:

Erstens: Transition zur Demokratie sei als *Prozeß* verstanden.

Zweitens: Die Kriterien für *Beginn* und *Ende* dieses Prozesses seien jeweils gesondert festgestellt.

Drittens: Transition sei ein *gesamtgesellschaftlicher* Prozeß, der auf der politisch-institutionellen, zivilgesellschaftlichen, marktwirtschaftlichen und distributiven Ebene zu messen sei. Dabei ist zu überprüfen, ob und inwiefern die „Quadrizität“ der Ebenen nicht besser durch die Verwendung zweier, voneinander abgegrenzter Kategorien („Transition“ und „Transformation“) widerspiegelt werden kann.⁶⁰

Viertens: Die Aufstellung einer Hierarchie der Minimalkriterien sei über-legenswert.

Fünftens: Die Kriterien müssen landesspezifisch verifizierbar sein und die Fragen als Alternativfragen formuliert werden, die eine eindeutig positive oder negative Antwort erwarten lassen können. Andere Entscheidungsfragen, auf die im Unterschied zu den Alternativfragen eine Antwort gesucht wird, die vielschichtig ist, graduelle Abstufungen meint und weitgehend von subjektivem Ermessen ausgeht, sind unbedingt hinzuzuziehen. Sie allein jedoch ließen die Kategorien „Demokratie“ und in Abhängigkeit davon auch „Transition“ beliebig dehnbar werden. Nur so ist erklärbar, daß komplizierte Marginalfälle der Transitionsdiskussion diametral entgegengesetzte Einschätzungen erfahren, die beispielsweise im Falle Kolumbiens von „second in the Western Hemisphere only to the United States ... in maintaining uninterruptedly a democratic, liberal, bourgeois political

system“⁶¹ bis hin zum Regime eines „terrorismo de Estado“⁶² reichen.

Eine solche „Checkliste“ von Alternativfragen gründet sich immer auf den landesspezifischen Kontext, ist somit nicht universell im Sinne der Relevanz einer jeden dieser Fragen für jedes Land, doch repräsentiert sie die „Lateinamerikanisierung“ allgemeingültiger Transitionskriterien. Die Liste könnte u.a. die folgenden Fragen enthalten: Ist der Bürgerkrieg (bzw. Guerrillakrieg mit nationaler Dimension) beendet? Sind die ehemaligen Kombattanten ins Zivilleben integriert? Wurde der Ausnahmezustand aufgehoben? Besteht eine Zivilregierung? Ist eine Zivilperson Verteidigungsminister? Ist die Armee professionalisiert und die Polizei von ihr administrativ getrennt? Ist die Militärgerichtsbarkeit für Zivilpersonen abgeschafft? Ist die Straflosigkeit (*impunidad*) beendet? Wurde die frühere Verletzung der Menschenrechte von seiten der Regierung zugegeben und strafverfolgt? Ist der *habeas corpus* garantiert? Ist anonyme Strafverfolgung (*jueces sin rostro*) ausgeschlossen? Existieren Mechanismen, die einen *deadlock* zwischen Präsident und Parlament verhindern? Finden Wahlen statt? Kommen Wahlunregelmäßigkeiten nicht vor? Handelt es sich um einen offenen Pluralismus, der auch die ungehinderte Partizipation alternativer politischer Akteure ermöglicht? Sind (ethnische) Minoritäten im Parlament vertreten? Finden Bürgermeisterwahlen statt? Ist der Staat flächendeckend präsent, und wird Privatjustiz von ihm geahndet? Korreliert Verteilungsgerechtigkeit mit Wachstum? Ist eine Pluralität von Eigentumsformen gegeben? Wurde eine Agrarreform durchgeführt?

Diese Liste erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit noch wird damit jeglicher Ermessensspielraum ausgeschlossen. Zudem verbleiben auch relevante gesellschaftliche Bereiche (Korruption, Klientelismus, Caudillismus u.a.) außerhalb des Zugriffs von solchen Alternativfragen. Die „Checkliste“ hat keinen Rezeptcharakter, vor allem nicht in einem Sinne, daß die affirmative Antwort auf alle Fragen schon in jedem Fall den endgültigen Vollzug von Transition andeuten würde, obgleich damit die Phase der Konsolidierung durchaus in greifbare Nähe gerückt wäre. Diese Reihenfolge impliziert keine hierarchische Ordnung. Allein für den Beginn des Transitionsprozesses sind zumindest jene Kriterien konstitutiv, die für das Recht auf Leben stehen. Dieses höchste Menschenrecht⁶³ markiert zweifellos die Spitze der Hierarchie von Kriterien. Es ist sowohl Ergebnis als auch Verfahren, normativ belegt und zugleich juristisch verifizierbar. Wird auch nur eine der Fragen, die dieses Recht unmittelbar⁶⁴ tangieren, verneint, so ist selbst der Beginn von Transition in Frage zu stellen. Die aufgelisteten Fragen stellen kein Gegenkonzept zu den

universellen Demokratie-Indikatoren dar, sie spezifizieren und ergänzen sie lediglich. Die Kriterien sind national und relativ unabhängig von Weltmarkt und -ordnung erfüllbar. Sie sind liberal- und radikal-demokratisch. Politische Demokratie gilt damit nicht als nur formale Demokratie, sondern ist selbst substantiell. Allen Kriterien kann intrasystemar, im nationalen Rahmen und in überschaubaren Fristen entsprochen werden.

4. Die Geburt der Transitionsdebatte vollzog sich in bewußter Abgrenzung von zwei Korrelationsthese, welche die Lateinamerikanistik der sechziger und siebziger Jahre stark beeinflußt hatten: Da war zunächst der klassische Artikel von Lipset,⁶⁵ in dem das „well-to-do“ einer Nation der Demokratie zugrundegelegt wird, woraus in der Interpretation nicht selten verkürzt die These abgeleitet wurde, Modernisierung und Demokratisierung seien in erster Linie an ökonomische Performanz gebunden. In den siebziger Jahren begann dann im Gefolge der „Autoritarisierungswelle“ die Umkehrung zu gelten, nach der eine Korrelation zwischen ökonomischer Modernisierung und bürokratischem Autoritarismus bestehe.⁶⁶

Zu Recht grenzte sich die Transitionsdebatte von beiden linearen Vereinfachungen ab. Sowohl die Etablierung autoritärer Regime in den sechziger und siebziger Jahren als auch die Transitionsperiode der achtziger Jahre geschah in Zeiten ökonomischer Wachstumsprobleme und Krisen, im letzteren Fall gar in einer als *década perdida* bezeichneten Zeitspanne, die hinsichtlich ihrer Krisendimension nur mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Lateinamerika verglichen werden kann. Das autoritäre, aber ökonomisch prosperierende Chile und das demokratische, aber schuldengeplagte Costa Rica standen für beide Thesen als besonders offensichtliche Negativ-Beispiele. Die kritische Bewertung beider Thesen zeitigte jedoch für die Transitionsdebatte der achtziger Jahre auch einen methodologisch verhängnisvollen Effekt. Mit der balancierten Einschätzung der Folgen ökonomischer Performanz für politische Prozesse wurde gewissermaßen die Bedeutung struktureller Präfiguration für Transitionsprozesse gleich mit über Bord geworfen und vergessen, daß strukturelle Präfiguration mit ökonomischer Performanz nicht identisch ist. Es brach die „Stunde der Akteure“ an und mit ihr die Behavioralisierung einer insgesamt dominierenden modernisierungstheoretischen Herangehensweise. Behavioralistischer Modernisierungsansatz bedeutete also in der Transitionsdebatte die Dominanz der handlungsorientierten gegenüber den strukturorientierten (historischen und sozialstrukturellen) Analysen. Spieltheoretische „*rational choice*“-Versuche faßten Fuß, deren besonde-

re Schwäche darin bestand, historischen Kontext und Langzeit-Transitionen außer Betracht lassen zu müssen. Politischer Wandel schien dabei vordergründig dem Handeln politischer Akteure und den Kompromissen zwischen den *softlinern* der vorherigen Gegenseiten bzw. von *hard-* und *softlinern* im schlechteren und zwischen Elite und Masse im besseren Fall geschuldet zu sein, deren struktureller *background* (Oligarchie, Agrarfrage etc.) generell unterbelichtet blieb.⁶⁷ Neoliberale Sichtweisen flankierten diese Position, nach denen der unabhängige Unternehmer in seiner politischen „Inkarnation“ zum idealen Protagonisten der Transition wurde. Da der überwiegende Transition-Modus der Pakt war, das *settlement*, das auf den ersten Blick nur dem Handschlag von Akteuren entspringen konnte, und Transitionsprozesse zudem verkürzt, als *Akt*, dargestellt wurden, führte diese akteursorientierte Sicht ganz logisch zu einer euphorischen Bewertung der Transitionsresultate. Ein Blick auf die Strukturen hätte schon in den achtziger Jahren mehr Ernüchterung gebracht. Doch diese Akteursorientiertheit war selbst ihrem eigenen Ansatz untreu. Sie erwies sich in der Regel als „elitenlastig“ und selbst, wenn die Zivilgesellschaft als „Demiurg“ hervorgeholt wurde, so auch dann in Gestalt von „neuen“ Eliten, den sozialen Bewegungen.⁶⁸ Regimewechsel fand in der Transitionsliteratur dieser Jahre also als Elitenwechsel statt. Die Intervention der Volksmassen, die vornehmlich in Mittelamerika Transition erst in Gang gesetzt hatte, wurde dagegen marginalisiert. Erst mit der osteuropäischen Wende schienen die Volksmassen auch für Lateinamerika wieder „hoffähig“ geworden zu sein. Wenn in der Darstellung die Elite grundsätzlich zum alleinigen oder alles entscheidenden Protagonisten wird, verdunkelt sich natürlich auch der Blick auf solche Transitionsprozesse, die – wie in Brasilien oder Ekuador – nun tatsächlich „von oben“ und unter der Ägide von Eliten abliefen. Schließlich bleibt logisch nicht schlüssig, wie eine elitendominierte Transition in eine konsolidierte Demokratie münden soll, wenn zumindest die Konsolidierung der Demokratie dann an die politische Partizipation von Massen gebunden wird. Das vermittelt den Eindruck, daß Demokratie etabliert werden kann, ohne von der Masse der Bevölkerung eingefordert zu werden. Der „elitenlastige“ Ansatz hatte gleichfalls zur Folge, daß in der Transitionsanalyse auch entscheidende *Akteure* ausgespart blieben: die Guerrilla, Unternehmerverbände, Gewerkschaften u.a. Die Akteure, die im Unterschied dazu im Mittelpunkt der Analyse standen, wurden zumeist nur in ihrem strategisch ausgerichteten Augenblickshandeln untersucht. Daß sie sich im Transitionsprozeß selbst wandeln können – man denke an die Umwandlung von Bürgerkriegsar-

meen in politische Parteien oder von Regierungs- in Oppositionsparteien während eines Demokratisierungsprozesses – fand fast nirgendwo einen Niederschlag. Selbst jene Autoren, die Prozeßmuster als strukturellen Hintergrund anerkannten, doch im folgenden das Wechselverhältnis zwischen diesem und den Akteuren ignorierten, vergaßen, daß sich auch Prozeßmuster im Verlauf von Jahren und Jahrzehnten, die manche Transition währte, zum Teil signifikant änderten. So gesehen, wird auch verständlich, daß und warum die Ursachenforschung in der Transitionsanalyse einen untergeordneten Stellenwert besaß, um so mehr dann, wenn der Transition Zufallscharakter zugeschrieben wurde. „Democracy by default“⁶⁹ ist nicht umsonst zum vielzitierten Wort geworden.

Multikausale Erklärung von Transition erfordert dagegen historisch-strukturelle Analyse. Eine Pionierleistung, die für den Übergang zur zweiten, stärker strukturorientierten Etappe der Transitionsdebatte Pate stand, stellen insonderheit die Arbeiten von Rueschemeyer/Huber-Stephens/Stephens und Collier/Collier dar.⁷⁰ Trotz bemerkenswerter Unterschiede zwischen den Positionen dieser Autoren eint sie das Bemühen, die zwischen ökonomischer Entwicklung und Demokratisierung liegende *blackbox*⁷¹ zu erhellen, indem sie in ihrer Analyse politische Akteure in deren sozialstrukturellen Kontext stellen, ohne deren Handeln jedoch linear auf *cleavages* zurückzuführen. Ob nun innerhalb einer strukturellen Matrix oder gegen sie agierend, im Verständnis all dieser Autoren „bricht“ sich im Handeln politischer Akteure stets deren sozioökonomische Provenienz. Oligarchie, „Mittelklasse“ und Arbeiterschaft werden in ihrer jeweiligen historischen Wichtung und Auseinandersetzung gesehen, ohne daß aber Demokratisierung an das vordringliche Agieren einer bestimmten sozialen Gruppe gebunden wird. Dabei generiere nicht Kapitalismus *per se* Demokratie, sondern die ihm innewohnenden Widersprüche,⁷² einschließlich seiner strukturellen Entwicklungsdefizite in Lateinamerika. Es ist wohl nicht zufällig, daß keine dieser Analysen streng auf *eine* Variable, das heißt nur auf die Transition orientiert ist, und die Demokratisierungsproblematik nur auf den „Pendelausschlag“ der achtziger und neunziger Jahre beschränkt. Vielmehr stützen sich diese Monographien auf holistisch angelegte, komparative Langzeit-Untersuchungen. Dennoch kann innerhalb der *politologisch* ausgerichteten Transitionsdiskussion über Lateinamerika die (alte) Frage nach dem Verhältnis von oligarchischer oder bürgerlicher Gesellschaft und den Chancen für Demokratie, von inkorporierter „Mittelklasse“ und ihrer Potenz, sich ökonomisch wie auch politisch unabhängig zu machen und damit demokratiefördernd

wirksam zu werden, den „kanalisierenden“ Langzeitwirkungen von Korporatismus und Populismus auf die Arbeiterschaft und den Möglichkeiten für offenen Pluralismus als ungeklärt gelten. Der Zusammenhang von Agrarfrage und Demokratisierung ist von der „klassischen“ Transitionsdebatte über Lateinamerika nur völlig marginal thematisiert worden. Es hätte mit einer Entscheidung über den historischen Aufstieg oder Fall einer jeden dieser sozialen Gruppen zu tun, die historische Dimension der Transitionselle abzustecken. In diesem Kontext erweist sich der Vergleich mit dem gesellschaftlichen Kontext der „Großen Depression“ der dreißiger Jahre als besonders relevant. Nahm die heutige Transitionselle als *ein* historischer Zyklus schon mit den Umbrüchen dieser Zeit ihren Anfang? Verlieren die vielbeschworenen Ausnahmen Costa Rica, Venezuela und Kolumbien damit ihre Sonderstellung, weil sich dort demokratische Strukturen schon in den vierziger und fünfziger Jahren herauszubilden begannen und so in denselben Zyklus eingebunden wären? Ist es in den heutigen „Post-Transition-Staaten“ Oligarchien gelungen, gesamtgesellschaftliche Hegemonie wiederzuerlangen? Ist im Gegenteil mit der letzten Demokratisierungswelle das Ende der traditionellen Oligarchien eingeläutet worden? Oder widerspiegelt die Instabilität der neuen Demokratien gerade die Tatsache, daß oligarchische Hegemonie verloren, subalterne jedoch nie gewonnen worden ist? Diese Fragen wurden auch in der zweiten Etappe der Transitionsdiskussion nur selten aufgeworfen.⁷³ Wohl nur die historisch-strukturell begründete Antwort auf sie könnte die unüber-schbare Variablenflut der Transitionsdebatte eindämmen und den Schlüssel für eine kohärente Transitionstheorie liefern.

5. Nachdem die Diskussion der achtziger Jahre stark akteursbetont gewesen ist, gestaltet sich die Reflexion der neunziger Jahre wieder stärker strukturorientiert. Der Rahmen dafür wurde mit der „Triade“ Markt – Staat – Zivilgesellschaft gesteckt, ein Rahmen, der in der Regel ohne Bezug auf die vermittelnden *cleavages* sehr starr und abstrakt bleibt. In den Diskussionsangeboten wird den drei Gliedern der „Triade“ ein jeweils ganz unterschiedliches Gewicht zugemessen. Doch in der Regel und Tendenz dominiert die Forderung nach dem Rückzug des Staates zugunsten von Markt und Zivilgesellschaft, die bis zur darauf folgenden „Auflösung“ der Zivilgesellschaft im Markt erweitert wird. Die staatszentrierte Matrix,⁷⁴ die in Lateinamerika mit der importsubstituierenden Industrialisierung in den dreißiger Jahren begonnen hatte (in Mittelamerika später), schien spätestens mit dem Schuldendesaster der achtziger Jahre obsolet

geworden zu sein. Mit Chile und México waren es in den siebziger Jahren bzw. am Beginn der achtziger Jahre zunächst autoritäre Staaten, die sich dem Neoliberalismus verschrieben, indem sie einst auf revolutionärem Wege inspirierte Nationalisierungen zurücknahmen. Später dann – auch unter dem Strukturanpassungsdruck der Bretton-Woods-Institutionen – sind Demokratisierung und Privatisierung vornehmlich als „simultaneous transition“, ⁷⁵ „duale Transition“ und gewissermaßen als eine neue „Doppelrevolution“ konzipiert worden. Doch hatte Lateinamerika (außer Cuba) zum einen weder die Erfahrung eines Staatssozialismus noch die eines Wohlfahrtsstaates aufzuweisen, und zum anderen unterstellte mehr Markt bei weitem nicht gleichen Zugang zu seinen Ressourcen. Im Gegenteil, gemessen an seiner Wirtschaftskraft, ist Lateinamerika von der weltweit gravierendsten sozialen Polarisierung gekennzeichnet. ⁷⁶ Privatisierung verstärkte fast immer oligarchische bzw. monopolistische Eigentumskonzentration und verringerte die Protektion vor ausländischer ökonomischer „Intervention“. ⁷⁷

Methodologisch ließ die zunächst stark antietatistisch gefärbte Debatte zumindest vier Fragen unbeantwortet: Das betrifft erstens die Rolle des *Staates* bei der Initialisierung und Stabilisierung einer neoiberalen *policy*, zweitens die Mißachtung des Konzeptes einer *mixed economy* (einschließlich von Staatsbetrieben), drittens die Unabdingbarkeit der staatlichen Intervention bei der Überwindung des für Lateinamerika so typischen Problems der Steuererhebung als marktwirtschaftlicher Mechanismus und viertens die Konfusität bei der Fixierung des gesellschaftlichen Bereiches, aus dem sich der Staat tatsächlich zurückziehen habe. Die Antinomie starker vs. schwacher bzw. schlanker Staat wird in der Lateinamerika-Literatur äußerst widersprüchlich behandelt. Inzwischen mehren sich jene Stimmen, die eine *Stärkung* des Staates bzw. die Herstellung der Präsenz des Staates innerhalb der Wirtschaft, als Regulator von Verteilung und Garant gegen Privatjustiz einfordern. ⁷⁸ „... the discovery of the market will soon force Latin American countries to rediscover the state.“ ⁷⁹ So gesehen, steht ein neues „Bringing the State Back In“ ⁸⁰ an, die Frage ist nur, ob unter demokratischen Auspizien oder mit der harten Hand des Autoritarismus. Inwieweit Verteilungsgerechtigkeit letztlich durch den Staat befördert werden kann, ist hier nicht zu diskutieren. Doch mindestens solange Neoliberalismus heißt, daß der Markt auch die *nicht*ökonomische Sphäre dominiert, zum „*mercado político*“ („politischer Markt“) ⁸¹ wird, solange generiert ökonomischer Neoliberalismus einen politischen „*interim illiberalism*“ („zwischenzeitlicher Nicht-Liberalismus“). ⁸² Andererseits

ist Neoliberalismus in Lateinamerika eben kein reines marktwirtschaftliches Phänomen, sondern vielmehr eine Mixtur von Marktliberalismus, Staatskorporatismus und Paternalismus. Das Argument „freie Marktwirtschaft“ sticht in Lateinamerika solange nicht, wie es mit *jedem* der zwei Extreme verbunden ist: Anti-Etatismus und Paternalismus. Zwischen Staat und Markt besteht daher keine Antinomie, sondern es kommt darauf an, das zwischen ihnen bestehende Wechselverhältnis zu stärken, zu dynamisieren, doch nicht zu kappen. Demokratisierung darf nicht gegen *den* Staat gerichtet sein, sondern lediglich gegen ein „etatistisches Modell“. Markt und Staat sollten, statt einander zu blockieren, sich wechselseitig stärken. Ein schlüssiges Konzept, wie das zu tun sei, haben gegenwärtig weder Rechte noch Linke in Lateinamerika. Dabei können allerdings auch politische Träger „politischer“ neoliberaler Konzeptionen, oftmals die „Neue Rechte“⁸³ konstituierend, Demokratisierung zunächst stabilisieren helfen, stellen sie aber tendenziell bzw. langfristig in Frage. Dies alles hat mit dem Problem zu tun, daß autochthone Marktwirtschaft noch weniger als substantielle Demokratie von „oben“ implementiert werden kann. Eine „Dekretierung“ des Marktes und der aus neoliberaler Strukturanpassung erwachsenden sozialen Kosten stehen letztlich mit der Ausübung politischen Zwanges, dem Gegenstück von Demokratie, im Zusammenhang. Das Paradox und die Gefahr für die gegenwärtigen Demokratien bestehen darin, daß ihre Stabilität an das Vermögen und die Bereitschaft der Mehrheit gebunden ist, jene Minderheit bzw. deren politische Repräsentanten wiederzuwählen, die ihnen diese sozialen Kosten auferlegen. Die Unruhen von Rosario (Argentinien) und Caracas (Venezuela) zum Ende der achtziger Jahre und der chiapanekische Widerstand (México) seit 1994 haben da alarmierende Zeichen gesetzt.

Weffort, Cueva, Hinkelammert, Arias Penate u.a. betonen zu Recht besonders eindringlich die Ambivalenz des Verhältnisses von ökonomischer Performanz und Verteilungsgerechtigkeit.⁸⁴ Besonders jene Rezipienten Dahls, die sich in der ersten Etappe der Transitionsdebatte über Lateinamerika zu Wort gemeldet hatten, vergaßen bei ihrer Interpretation in der Regel, daß selbst bei Dahl Polyarchie als ein „set of political institutions necessary to large-scale-democracy“ gefaßt wird, das heißt als eine „modern dynamic pluralist society“, die bedeutende Ungleichheit in der Machtverteilung ausschließt.⁸⁵ Im Prinzip schlossen auch O'Donnell/Schmitter/Whitehead daran an, wenn sie unter der Überschrift „*Socialization*“ soziale und ökonomische Demokratie als immerhin konstituierend für die „zweite Transition“ betrachteten.⁸⁶ Doch die für diese Diskussions-

etappe charakteristische Transitionsliteratur erweckt nicht selten den Eindruck, daß dies „Alibi-Funktion“ hat oder in unendliche Zukunft verlagert werden soll. Denn in dem Moment, wo es um die Definition konkreter politischer Regime in Lateinamerika geht, spielen diese Überlegungen als Kriterien dann zumeist eine geringe Rolle.

Wenn Transition als gesamtgesellschaftlicher Prozeß verstanden wird, der die obengenannte Quadrizität der Ebenen einschließt, so impliziert er sowohl mehr Marktwirtschaft als auch mehr Verteilungsgerechtigkeit, die ihrerseits gegen mehr ökonomische Gleichheit konvergieren sollte. Das ist die Crux sowohl des radikal dependenztheoretischen als auch des modernisierungstheoretischen Ansatzes. Es geht um die Zusammenführung der beiden Seiten dieser beiden Paradigmen, die ein Dilemma reflektieren, wobei sich die Anerkennung der Quadrizität der Transitions-ebenen und der Vermittelbarkeit des Verhältnisses von Staat, Markt und Zivilgesellschaft als *conditio sine qua non* erweist. Die Lösung ist alles andere als ein Rezept. Das heißt, sie rückt nur in Reichweite, wenn der eher auf politische Gleichheit abhebende modernisierungstheoretische und der ökonomische Gleichheit einfordernde dependenztheoretische Ansatz vermittelt werden und *linkages* zwischen ihnen hergestellt werden. Das schließt die Akzeptanz der Prozeßhaftigkeit und Gradualität von Transition auf allen Ebenen, der Möglichkeit einer zeitlichen Versetztheit der Transition auf den einzelnen Ebenen und auch die Einbindung nationaler Transition in globale Wandlungsprozesse ein.⁸⁷ Es heißt ebenso, daß die Anerkennung einer eher dependenztheoretisch inspirierten Erklärung des *historischen Gewordenseins* struktureller Subalternität und Heterogenität Lateinamerikas das Verständnis von Transition als Modernisierung nicht ausschließen muß. Daher kann es sich als methodologischer Fallstrick herausstellen, wenn die durchaus zutreffende „Nicht-Linearität“ zwischen ökonomischer Performanz und politischer Modernisierung zum Anlaß genommen wird, den alten modernisierungstheoretischen Konsens, daß „structural differentiation“ und „drive for equality“ eben auch Modernisierung konstituieren,⁸⁸ außer Kraft zu setzen.

„The need for mayor theoretical revision“⁸⁹ der Transitionsliteratur, wie sie dezidiert angemahnt wird, impliziert also die Überwindung *behavioralistischen* modernisierungstheoretischen Denkens. Erneuerung von modernisierungstheoretischen Ansätzen impliziert für Lateinamerika, daß Modernisierung als ein demokratischer Wandel bestimmt wird, der ausgehend von der Unterentwicklung, strukturellen Heterogenität und untergeordneten Stellung dieser Region auf dem Weltmarkt und in der

Weltpolitik die *innenpolitischen* Rahmenbedingungen, darunter besonders die *systeminternen* Herrschaftsstrukturen, zu deren schrittweiser Überwindung schafft. Es geht dabei also darum, wie ein Wandel von miteinander verzahnten und in sich widersprüchlichen *endogenen* Faktoren dazu verhelfen kann, dem „Peripherisierungsdruck“⁹⁰ entgegenzusteuern. Modernisierung ist dabei weder mit linearem Wachstum noch mit nachholend kopierter westlicher Entwicklung gleichzusetzen, sondern als eine autochthone tendenzielle strukturelle Differenzierung mit all ihren möglichen Retardierungen und Zusammenbrüchen. Das schließt ein, daß westliche Erfahrungen (allerdings in ihrer *gesamten* historischen Dimension) und Termini kritisch einbezogen, für Lateinamerika operationalisiert, aber nicht zu Mustern hochstilisiert werden. Dabei muß sich Modernisierung als Demokratisierung (von Wirtschaft, Verteilung, Staat und Zivilgesellschaft) vollziehen, innerhalb derer ökonomische Performanz *und* Verteilungsgerechtigkeit, Eliten *und* Massen, Evolution *und* Revolution, Transition *und* Transformation historisch und regional widersprüchlich zusammenwirken. Modernisierung hat Prozeßcharakter, ist in das Spannungsverhältnis von krisengenerierendem Innovationsdefizit und krisenüberwindenden Innovationsschüben hineingestellt und besitzt auch im „Großraum“ Lateinamerika subregional und national unterschiedliche Determinanten.

Die Zivilgesellschaft als Ort und Katalysator oder auch „Bremsklotz“ von Transition und Modernisierung ist relativ spät, das heißt in der zweiten Diskussionsetappe und unter dem Eindruck des *civil-society*-Diskurses, wie er vor allem im Zuge der Reflexion des osteuropäischen Umbruchs geführt wurde, zum Gegenstand der lateinamerikanischen Transitionsdebatte geworden. Dabei hatte es zunächst den Anschein, daß damit elitistische Konzepte verdrängt würden, doch später dann kamen Stimmen auf, welche sich um die Bändigung der mobilisierten Zivilgesellschaft sorgten bzw. ihre Selbstbeschränkung („*self-limitation*“) vorzogen und dabei Zivilgesellschaft an Konsensfähigkeit banden.⁹¹ Erschwerend wirkt dabei die Widersprüchlichkeit der Interpretationen dieses Terminus. Mit der „Wiederentdeckung“ der Zivilgesellschaft werden zunächst auch alte Fragen wieder aufgeworfen: nach der Identität oder Unterscheidung von bürgerlicher und ziviler Gesellschaft, von ökonomischer und ziviler Gesellschaft, nach der Verquickung oder dem Gegensatz von Staat und Zivilgesellschaft, nach dem Stellenwert der Zivilgesellschaft im Verhältnis von Öffentlichem und Privatem, nach ihrer Konfliktivität oder Homo-

genität, Mobilisierung oder Stabilität. Als besonders *wenig* hilfreich erweisen sich dabei

- die –für Lateinamerika als besonders einfach erscheinende – Definition von Zivilgesellschaft als Ausdruck für den gesamten nicht-militärischen Bereich einer Gesellschaft,
- die – neoliberal inspirierte – Gleichsetzung von Markt und Zivilgesellschaft,
- die „romantisierende“ eindimensionale Sicht auf die Zivilgesellschaft, als „Demokratie von unten“ und ihre „Behavioralisierung“ (soziale Bewegungen als politische Träger),
- das Verständnis von Zivilgesellschaft als Vision, mithin als Irrealität,
- das Verkennen des politischen Wesens der Zivilgesellschaft,
- die Verwechslung von *vorstaatlichem* mit *antistaatlichem* Charakter der Zivilgesellschaft,
- die Identifizierung von Zivilgesellschaft mit Konfliktlosigkeit und friedlicher Konfliktregelung,
- die Darstellung des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft als „Nullsummen-Spiel“.

Der Terminus „Zivilgesellschaft“ ist für die Transitionsproblematik nur dann nützlich, wenn er als der vorstaatliche, aber nicht unpolitische, an seinen Rändern den Staat, die Wirtschaft und die Familie „berührende“ politisch-kulturelle Bereich der Gesellschaft definiert wird, der real, widersprüchlich (nicht *a priori* emanzipatorisch), strukturell und transitorisch ist und somit zum entscheidenden „Schlachtfeld“ für oder wider Demokratie wird. So bestimmt, erhält der Begriff „Zivilgesellschaft“ besonders dann einen heuristischen Wert, wenn es darum geht, gesamtgesellschaftliche strukturelle Phänomene zu bezeichnen, die über Institutionen und Prozesse hinausgehen bzw. dort überhaupt nicht zu orten sind, dabei einer Demokratisierung entweder entscheidend entgegenstehen (Korruption, Klientelismus,⁹² *violencia*) oder sie befördern können („heroische Illusion“) bzw. diesbezüglich ambivalent sind (Nationalismus, Kriegsmüdigkeit, tribale oder traditionelle Kulturen). Dieser Ansatz ist für Lateinamerika auch deshalb besonders sinnvoll, weil er erlaubt, Demokratisierungsbedarf dort zu erklären, wo zwar das politische *Regime* demokratisch ist, aber nicht der *nichtinstitutionelle* politische Bereich. Der Zivilgesellschaft wären so auch jene politischen Kräfte zuzuordnen, die unterhalb der Öffentlichkeitsebene von Parteien und Verbänden agieren. Das können durchaus auch *movimientos civiles* sein, kirchliche Basisgemeinden, *comunidades indígenas*, kulturelle Medien einschließlich des

typisch lateinamerikanischen Phänomens des Schriftstellers als „kollektivem Intellektuellen“ der Zivilgesellschaft, aber auch *think-tanks* von Unternehmensverbänden, *caciques* oder *gamonales*, Todesschwadronen, insoweit nicht staatliche Agenten, informelle Gruppierungen zur Unterstützung oder Bekämpfung von Mafia und auch die Guerrilla. Damit ist die Konfliktivität von Zivilgesellschaft umrissen.⁹³ Nur in diesem Kontext – als Konfliktschlichter – wäre auch der Staat in seiner Funktion legitimiert. Zivilgesellschaft als solche ist deshalb nicht automatisch die Gegenmacht zum Staat. Mehr noch, insofern ist – auch wenn es paradox klingt – die Existenz von Zivilgesellschaft nicht an zivile Konfliktaustragung gebunden, ja sie kann sogar barbarische Phänomene⁹⁴ einschließen. Die Frage, die für Lateinamerika mit Sicherheit eine andere Antwort finden wird als für die osteuropäischen Länder des Staatssozialismus, ist allein, ob sich auch außerhalb staatlicher Strukturen und relativ unabhängig von ihnen ein autonomes politisches Leben entfalten kann. Doch ist Zivilgesellschaft kein normativer Begriff. Allein ihre Demokratisierung – nicht die bloße Existenz – erfordert den Wandel hin zur zivilen Konfliktaustragung im Rahmen von Pluralität. Wenn beispielsweise Demokratisierung auch von der erfolgreichen Integration ehemaliger Soldaten und Guerrilleros in das Zivilleben abhängig ist, so verweist das auf das Problem, daß sich der Wandel vom Militärischen zum Politischen auch in der Zivilgesellschaft zu vollziehen hat. Guerrilla, will sie politisch-legale Hegemonie gewinnen, muß sich von der zivilen in die politische Gesellschaft „hinaufarbeiten“. Besaß sie dann eine staatstragende Funktion, so war sie – wie Cuba und Nicaragua gezeigt haben – dennoch nicht frei von einem „*guerrillerismo administrativo*“. Andererseits kann – wie im Fall des peruanischen Sendero Luminoso – Guerrilla auch antreten, Zivilgesellschaft zu zerstören, und es ist gleichfalls möglich, daß sie – wie der Sendero und die kolumbianischen FARC – völlig in die ökonomische Sphäre „zurücksinken“ und Hegemonialfunktionen selbst im Lager der Subalternen verlieren, wenn ihre Involviertheit in Drogenhandel und Schattenwirtschaft zum Selbstzweck wird. Die chiapanekischen Zapatistas haben sich dagegen, im Unterschied auch zu anderen lateinamerikanischen Guerrillabewegungen, zur „Zivilgesellschaft in Waffen“,⁹⁵ und nicht zur Avantgarde, erklärt.⁹⁶ Ihre Intervention in die jüngste mexikanische Geschichte verweist zugleich auf ein weiteres grundlegendes Defizit bei der Reflexion von Zivilgesellschaft im Rahmen der Transitionsforschung. Autochthone und vor allem indigenistische Vorstellungen von und Erfahrungen mit basisdemokratischen Mechanismen haben in der Transitionsliteratur bisher keinen Niederschlag gefunden.

Es sind gerade die *deviant cases* der Transitionsdebatte, die, selbst wenn sie über demokratische *procedere* verfügen, jedoch den grundlegenden Demokratie Kriterien insgesamt nicht gerecht werden. Dies zu sehen, hat die bisherige Transitionsdebatte über Lateinamerika versäumt. In den *deviant-cases*-Ländern ermöglicht nur die kritische Analyse der zivilgesellschaftlichen Strukturen wahrheitsgemäße Aussagen über den Stand der Transition. Menschenrechte sind als Demokratie Kriterium deshalb auch ein äußerst relevantes Bindeglied zwischen „civil“ und „political society“. Nach dieser Auffassung wäre Zivilgesellschaft stets – unabhängig von ihrer „Qualität“ – konstitutiver Bestandteil von Gesellschaft. Ihre Stärke oder Schwäche wäre nicht in Abgrenzung vom Staat zu bestimmen, sondern gemessen an ihrer Unabhängigkeit (nicht Loslösung) von ihm, ihrer Strukturiertheit bzw. der Überwindung der ihr innewohnenden Atomisierung sowie an ihrer demokratischen Gerichtetheit und Mobilisierung. Auf längere Dauer kann Zivilgesellschaft nie die Schwäche des Staates kompensieren. Für das Gros der lateinamerikanischen „Post-Transition-Länder“ ist wohl eine chronische Schwäche sowohl von Staat als auch von Zivilgesellschaft zu verzeichnen. Doch die Ereignisse in Chiapas und ihre gesamt nationale Ausstrahlung zeigten: Eine „*explosion of civil society*“⁹⁷ ist in Lateinamerika immer im Bereich des Möglichen. Die generelle Schwäche lateinamerikanischer Zivilgesellschaften hat ihre historische Hauptursache in der Beschneidung der Autonomie derselben entweder durch staatliche Gewalt oder durch die Fesselung der Zivilgesellschaft an den Staat durch Populismus und vor allem Korporatismus. Entsprechend dieser Tradition hat in Lateinamerika die „Ruhigstellung“ von Zivilgesellschaft ein besonderes und ein ambivalentes Gesicht. Neuere, zunächst hoffnungsvolle Versuche, in Gestalt verschiedener Formen der *Concertación* zwischen Staat und Zivilgesellschaft, *Pactos Sociales* zwischen Unternehmerschaft und Werktätigen u.a. aus der Zivilgesellschaft heraus neue Sprachrohre politischer Partizipation zu schaffen, laufen auch Gefahr, vereinnahmt und zu einer spezifischen Form des Neokorporatismus zu werden. All dies läßt nur ein Fazit zu: Die Zivilgesellschaft muß, ehe sie politische und ökonomische Demokratie befördern kann, sich selbst demokratisieren und „pluralisieren“.

6. Es steht außer Frage, daß sich die erste Etappe der Transitionsdebatte in Abgrenzung von dem zu vor dominanten konflikt- und krisentheoretischen Ansatz entwickelt hat. Insbesondere die Mittelamerika-Literatur wies in dieser Hinsicht einen abrupten Bruch auf. Für Südamerika kann zumindest

konstatiert werden, daß zwar ökonomische Krisen (Schuldenkrise, Krise der importsubstituierenden Industrialisierung) thematisiert wurden, doch der Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Krise selten belichtet worden ist. Das gelang besonders dann nicht, wenn ökonomische Krisen nur als Ausdruck von Performanzschwäche, nicht aber von strukturell determinierten Distributionsproblemen gesehen wurde. Gleichzeitig war die Krisenhaftigkeit der lateinamerikanischen Zivilgesellschaft in der Analyse zumeist ignoriert worden. Zwar hat der Verweis auf den Zusammenhang von *década perdida* und Demokratiegewinn schon fast rituellen Charakter, doch blieben die politischen Vermittlungsglieder stets außer Betracht. Wurde zu Recht das Niveau der Transitionsursachenforschung kritisch bewertet, so ist dies in erster Linie auf die Mißachtung der sozialen und politischen Krisenproblematik zurückzuführen. Das hatte zuweilen politisch-programmatischen Charakter und ist auch der Tatsache geschuldet, daß die „normal social science methodology“ sich dem Zusammenhang von Regimekrisen und Regimetransitionen nicht zuwendet.⁹⁸ Das Verhältnis von ökonomischer und politischer Krise, das sich in Süd- und Mittelamerika jeweils unterschiedlich gestaltet hat, die Krisen eskalationsstufen, die Versuche von Krisenmanagement und -transformation vor, während und nach der Transition wurden in dieser Literatur nur selten systematisch betrachtet.⁹⁹ Eine Analyse, inwiefern Transition zur Krisentransformation beigetragen hat und in welchem Maße vergleichbare Krisenkonstellationen dem Regimewandel *zum* Autoritarismus und *vom* Autoritarismus zugrunde lagen, steht aus.

Die zweite Etappe der Transitionsdiskussion, in der das Problem der Konsolidierung der neuen Demokratien eine zentrale Stellung besitzt, näherte sich dieser Frage „von hinten“, das heißt es interessierte nun, wie die neu errichtete Demokratie, aber vor allem die Ordnung, stabil gehalten werden kann.¹⁰⁰ Stabilität ist nach dieser Sichtweise vornehmlich statisch bestimmt. Dabei ist jedoch zu unterscheiden zwischen den in der Regel eher „krisenorientierten“ lateinamerikanischen und den eher „stabilitätsorientierten“ westlichen Autoren.¹⁰¹ Vor allem bei den letzteren überwiegt die Sorge, wie die einst mobilisierte Zivilgesellschaft nun domestiziert werden könne, und das trotz einer *relative deprivation*, die angesichts des sukzessiven Verlustes jenes „Legitimitätsvorschlusses“ wuchs, der einer Errichtung von Demokratie zu Beginn eigen war, doch nun durch die sozialen Kosten der Strukturanpassung zunehmend in Frage gestellt ist. Genau das ist der Hintergrund der für die neunziger Jahre so typischen *gobernabilidad*-Diskussion.¹⁰² Für sie ist symptomatisch, daß Krise und

Konflikt als dysfunktional („*overload*“) verstanden und eben in der Regel nur auf der Ebene der Regierung angesiedelt werden. Die Antwort auf die Frage, ob die einstige Regimekrise, die zum Regimewechsel geführt hat, tatsächlich gelöst oder „gemanaged“ worden ist, sucht man in der Regel vergeblich in der Transitionsliteratur. Gleichzeitig kann die *governabilidad*-Diskussion als klassischer Fall eines Imports westlicher Erklärungsmuster gelten, die ursprünglich der Steuerungskapazität von – in Lateinamerika wohl schwerlich anzutreffenden – Wohlfahrtsstaaten galten.

Krisen widerspiegeln den Sog oder Stau von Entwicklungsproblemen; als ihre Knotenpunkte offenbaren sie wie in einem Brennglas politische Konfliktkonstellationen und signalisieren so Modernisierungsbedarf. Sie stehen für „offene“ historische Situationen und sind gleichermaßen Chance und Gefahr für Demokratisierung. Sie erfordern Innovation und eben nicht nur Anpassung. Sind Krisen und Transitionen „dynamische“ Kategorien, die einen prozessualen Wandel herausfordern bzw. darstellen, so erhebt sich die Frage nach dem longitudinalen, dem historisch-strukturellen „*cross-time*-Aspekt“ des Transitionsvergleiches. In der Regel fehlen in der Transitionsliteratur Langzeitstudien, intra-nationale diachrone genauso wie „*cross-national*“ diachrone Vergleiche. So wird in der Tendenz die euphemistische Bewertung der Stabilität der neuen Demokratie gestärkt, denn je kleiner der Untersuchungsabstand, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit für die Feststellung tentativer Stabilitätszustände.¹⁰³ Die „stabile Instabilität“ lateinamerikanischer politischer Systeme einschließlich ihrer demokratischen Variante ist historisch-strukturell begründet. Doch ist nur im Einzelfall zu entscheiden, in welchem Verhältnis chronische Instabilität in Lateinamerika und konjunkturelle Krisen zueinander stehen. Regionalspezifische Unterschiede sind da offensichtlich, und es ist Mittelamerika, wo Krise und Instabilität in besonderem Maße ineinander übergehen. Mittelamerika steht auch am augenscheinlichsten für das Unvermögen, den krisen-, konflikt- und revolutionstheoretischen mit dem demokratiethoretischen Diskurs zusammenzuführen. Der abrupte Bruch zwischen den Erklärungsmustern bedeutet nicht nur, daß die umfangreichen Forschungen zur Mittelamerika-Krise und zum Mittelamerika-Konflikt von der Transitionsliteratur kaum zur Kenntnis genommen wurden. Vielmehr wurde auch das Verhältnis von subregionaler Krise und Demokratisierung, von „*low intensity warfare*“ und „*low intensity democracy*“ in der jeweiligen nationalen und subregionalen Dimension, von innerem „Pakt“ und äußerem Frieden nur marginal berührt. Dies betrifft schließlich auch die Konfliktproblematik, die im Kontext der Untersuchung von

regionalen Konflikten, darunter dem Mittelamerika-Konflikt, eine wahre Renaissance erlebt hatte. Nur spärlich sind in der neueren Transitionsliteratur Aussagen darüber gesät, wie bei der Lösung dieses Regionalkonfliktes *par excellence* auch *regionale* Friedens- und Demokratisierungsprozesse zusammenwirkten, und welche Resultate sie tatsächlich erbrachten.¹⁰⁴ Was die nationalen Demokratisierungen und deren Konfliktivität betrifft, so hat die zweite Etappe der Transitionsdebatte einzelne Überlegungen zur Konfliktmilderung oder Konflikthegeung vorgestellt,¹⁰⁵ doch kaum mit lateinamerikanischem Bezug.

7. Obgleich die „klassische“ Definition von Transition als einem „interval between one political regime and another“ die Möglichkeit einer „revolutionären Alternative“ als *eine* Option ausdrücklich einschließt,¹⁰⁶ ist die Transitionsdiskussion eindeutig revolutionsignorant oder revolutionsfeindlich geführt worden. Wenn nicht gerade der Begriff „Revolution“ als metaphorische Umschreibung der Transitionswelle benutzte wurde, wie etwa im Falle der „democratic revolution“,¹⁰⁷ so wurde mehrheitlich die Revolution als *passé* bzw. gar als letztlich demokratiseschädlich¹⁰⁸ eingestuft bzw. gänzlich ausgeblendet. Das widerspiegelt natürlich auch die Tatsache, daß sich die Mehrzahl der lateinamerikanischen Transitionen durch Pakt bzw. Verhandlung, also auf evolutionärem Wege, vollzogen hat. Paradoxerweise hat gerade die neueste Lateinamerika-Literatur zur gleichen Zeit wieder bemerkenswerte monographische Schriften zum lateinamerikanischen Revolutionszyklus des 20. Jahrhunderts zu offerieren.¹⁰⁹ Nur wird auch hier der Zusammenhang von Demokratisierung und Transition kaum reflektiert.

„Democracy and revolution in the sense of major social upheaval do not go together.“¹¹⁰ Das verkündete Huntington 1989, also noch vor dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus. Doch vielleicht war der Abschied von der Revolution zu sehr ein Abschied „im Zorn“, als daß er das fruchtlose Fortführen des alten Dilemmas „Revolution oder Demokratie“ (dieses Mal allerdings von der anderen Seite „aufgezäumt“) hätte verhindern können. Zunächst scheint die unmittelbar postrevolutionäre „Ein-Parteien-Dominanz“ und deren politische Implikationen in México, Cuba und Nicaragua jenen Recht zu geben, die Revolution und Demokratie ausschließlich als Antipoden ansehen. Eine solche metaphysische Sichtweise verbaut aber der Ausgewogenheit den Weg: Der demokratische, weil hochgradig partizipative Mobilisierungseffekt, der zunächst auch immer Emanzipationsgewinn für die Subalternen hervorgebracht

hatte, verbleibt damit ebenso außerhalb der Betrachtung wie die Tatsache, daß in einer gegebenen historischen Situation eben allein die Revolution dazu imstande war, die verkrusteten autoritären Strukturen aufzubrechen und gesamtgesellschaftliche Modernisierung zu befördern.

Sowohl die revolutionseuphorische als auch die revolutionsfeindliche Herangehensweise reflektiert eine „verkürzte“ Sicht auf Geschichte: Beide verkennen, daß sich Transition eben nicht „auf einen Schlag“ vollzieht, sondern daß sie einen prozessualen Charakter besitzt und daß der Beginn dieses Prozesses auch durch eine Revolution markiert sein kann, wenn auch nicht muß. Transition kann sich auch von der Revolution herausgefordert bzw. initialisiert vollziehen. Sie kann durch ebendiese Revolution aber gleichfalls zum Scheitern, Versanden und zur friedlichen „Neuaufgabe“ verurteilt werden, falls sich deren Institutionalisierung nicht auch gleichzeitig als Demokratisierung vollzieht. Wenn es als historisch „normal“ gilt, daß nur sehr wenige Länder ihre Demokratie im ersten Versuch konsolidieren konnten,¹¹¹ warum sollte dann dies nicht auch dem *revolutionären* ersten Versuch zugestanden werden? In Mittelamerika – und das ist auch in der Retrospektive richtig – war die „sozialrevolutionäre Option“ eine „demokratische Ersatzalternative“.¹¹² Ohne revolutionäre Mobilisierung wäre der in Mittelamerika besonders verfestigte oligarchische Despotismus nicht zu erschüttern gewesen. Dies läßt die Frage zu, ob ein Zusammenhang nicht nur zwischen Transitionsmodus und nachfolgendem Demokratietyp besteht, sondern auch und vielleicht sogar mehr noch zwischen vorangegangenen Autoritarismustyp und Transitionsmodus. México demonstriert heute in der Agrarfrage¹¹³ besonders deutlich den Zusammenhang zwischen der Rücknahme revolutionärer Errungenschaften und neuen radikalen Mobilisierungen. Zuweilen wird die zapatistische Bewegung gar als Ausdruck der Fortführung der mexikanischen Revolution 1910-1917 dargestellt. Auch für Guatemala kann die Verbindung zwischen der „*aborted revolution*“ von 1944-1954 und dem revolutionären Impetus der achtziger Jahre kaum ignoriert werden. Für El Salvador kann ausgesagt werden, daß dort seit 1979 Transition von „oben“ und „unten“ stattfindet und im Mit- und Gegeneinander von Revolution und Pakt im Fluß ist. Demokratie in Nikaragua und El Salvador wurde eben auch (wenn auch nicht nur) von einer revolutionären Bewegung, deren Führung eine ursprüngliche Guerrilla innehatte, erkämpft. Transition in Mittelamerika hat als Revolution oder zumindest mit revolutionärem Anspruch begonnen. Die Regime-Hybride in Kolumbien und Venezuela werfen ihrerseits die Frage nach dem Zusammenhang zwischen fehlender

radikal-demokratischer Massenmobilisierung im 20. Jh. und Demokratie-defiziten auf. Alles in allem, ob in Lateinamerika sozialrevolutionäre Bewegungen nunmehr keine Zukunft haben,¹¹⁴ sei nicht nur eingedenk der mittelamerikanischen und chiapanekischen Erfahrung dahingestellt.

8. Obgleich ideal für das variablen-orientierte „most-different-systems-design“¹¹⁵ geeignet, hält die Transitionsliteratur nur in den wenigsten Fällen den Kriterien eines kohärenten und kontrollierten Vergleiches stand. Die Mehrzahl der Standardwerke stützt sich auf autonome Länder-Fallstudien, die weder nach einem einheitlichen Vergleichsraster vorgenommen, noch, etwa entsprechend einer schlüssigen Vergleichskonzeption, miteinander in Bezug gesetzt werden. Etwas provokant formuliert, ist der zwar explizite doch vergleichsmethodologisch ignorante intra-lateinamerikanische Transitionsvergleich das Werk von „unconscious thinkers“.¹¹⁶

Die vorliegenden Ausnahmebeispiele sind, weil der „Demokratie-Messung“ verpflichtet, gewissermaßen an der Grenze zwischen komparativer und statistischer Methode geschrieben,¹¹⁷ oder sie reflektieren selbst als monographische Schriften einen gar weltumfassenden Anspruch,¹¹⁸ der dann oftmals entweder an konzeptioneller Schärfe oder an empirischer Seriosität verliert.¹¹⁹ Jene Lateinamerikanisten, die sich auch selbst explizit zur Methodologie des Vergleiches äußerten,¹²⁰ haben sich in der Transitionsdiskussion weniger zu Wort gemeldet.

Je theoriehaltiger angelsächsische Transitions-Vergleiche sind, desto weniger stützen sie sich auf lateinamerikanische Quellen. Lateinamerikanische und unter ihnen vor allem die in Lateinamerika residierenden Autoren legten relativ selten „cross-national-studies“ vor. Mangelnde Wissenschaftsressourcen mögen ein Grund dafür sein. Das hatte zur Folge, daß die Transitionsproblematik, insoweit komparatistisch untersucht, zumindest in der ersten Diskussionsetappe vornehmlich durch die westliche (meist nordamerikanische) „Brille“ betrachtet wurde. Inzwischen ist jedoch der komparative Vorteil, den die lateinamerikanischen Autoren haben, verstärkt eingebracht worden.

In ihrer ersten Diskussionsetappe war die Transitionsliteratur klar auf den Südkonus konzentriert. Der „herding instinct“¹²¹ tat dazu das Seine. Der Bezug zu Mittelamerika wurde spät, eigentlich erst zu Beginn der neunziger Jahre (wohl nicht ganz zufällig nach dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus, der Wahlniederlage der Sandinisten und dem Friedensvertrag in El Salvador), hergestellt. Jedoch auch gegenwärtig überwiegt der intra-mittelamerikanische Vergleich. In diesem Rahmen

deutet sich innerhalb der zweiten Etappe der Transitionsdiskussion eine besondere Hinwendung zur mittelamerikanischen Subregion an, obgleich noch nicht vergleichbar mit dem Literatur-Boom der achtziger Jahre im Kontext des Mittelamerika-Konfliktes. Selbstverständlich ist auch damit die Analyse mittelamerikanischer Transitionsprozesse bei weitem noch nicht „ausgereizt“. Doch ist es unleugbar, daß die Gegenüberstellung von süd- und mittelamerikanischen Transitionen bislang gescheut worden ist. Das mag verschiedene Gründe haben und auch mit politisch-konjunkturellen Überlegungen bzw. dem Wunsch, relativ abgeschlossene Prozesse untersuchen zu wollen, im Einklang stehen. Ein solcher Vergleich könnte, soll er tatsächlich beide Subregionen anhand von jeweils mehreren Fällen umfassen, auch nur von größeren Forschergruppen vorgenommen werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Sichtweisen von Anden- und Mittelamerikaspezialisten in der Regel stark differieren.¹²² Mittelamerika „paßt“ noch weniger als der Südkonus in die „Postmoderne“,¹²³ es leidet unter einer „apparent inapplicability of objective political science“,¹²⁴ unter anderem auch, weil es hier besonders schwierig ist, vom „*official country*“ zum „*real country*“¹²⁵ vorzudringen. Für die mittelamerikanische Sozialwissenschaft werden eine intellektuelle (auch wissenschaftslogistische) Krise und das Fehlen einer eigenen Metatheorie konstatiert.¹²⁶ Schließlich könnte ein auf Mittelamerika bezogener Vergleich nicht an den nur für Südamerika typischen „BA-Diskurs“ anschließen. Auch deshalb erweist sich – neben der mexikanischen – die mittelamerikanische Autoritarismusproblematik als eine besondere Herausforderung für die bislang südamerikakonzentrierten Transitions-Forscher. Und nicht zuletzt würde sich den neuen „südamerikaverwöhnten“ Isthmus-Forschern das alte – auf dem Südkonus inzwischen wohl eher verschwommene – Problem der Oligarchie und damit das einer Demokratisierung als „De-Oligarchisierung“ aufdrängen. Doch subregional determinierte komparative „Inzucht“¹²⁷ entspricht weder den gesamtlateinamerikanischen ökonomischen und politischen Integrationstendenzen noch der Relevanz solcher Phänomene, die, wie beispielsweise der Drogenhandel, ein regionenüberschreitendes Demokratisierungsproblem darstellen, noch läßt es jene „interregionale“ Befruchtung innerhalb des Forschungsdesigns zu, ohne die neue Innovationsschübe unmöglich und die Überbewertung von Einzelfällen wahrscheinlich sind. Der chronische Ausnahmestatus Costa Ricas relativiert sich beispielsweise, wenn Demokratisierung als ein 1948 beginnender historischer Zyklus angesehen und dann mit den entsprechenden Prozessen der fünfziger Jahre in Venezuela oder Kolumbien

verglichen wird. Der „integrale“ Frieden in El Salvador setzt Maßstäbe für Kolumbien, und El Salvador nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Chapultepec kann der Gefahr unterliegen, zu einer formal-demokratischen, aber chronisch violenten Gesellschaft zu werden, wie es Kolumbien seit Jahrzehnten ist. México, Guatemala und Perú bieten ein ideales, natürlich auch kontrastierendes Vergleichsfeld für die Variablenkonstellation *indígenas* – Guerrilla – Frieden – Transition ab. Honduras steht wie Kolumbien und Venezuela trotz hoher sozialer Polarisierung für Revolutionsabstinenz und für ein entscheidendes Gewicht der Armee hinter formal-demokratischen Kulissen. Kolumbien, Venezuela und México haben innerhalb der CONTADORA nicht ohne innenpolitische Gründe eine herausragende Rolle bei der Vermittlung des Mittelamerika-Konfliktes gespielt. Daß solche Vergleiche bisher in der Transitionsdebatte kaum vorkamen, ist wohl dem gängigen Mißverständnis geschuldet, Vergleichbarkeit setze ein generelles Überwiegen von Ähnlichkeiten voraus. Die „festgefahrene“ klassische Transitionsforschung, in der Gesetzmäßigkeiten noch immer aus der südamerikanischen „Norm“ destilliert werden, und die Trägheitsmomente des intra-mittelamerikanischen Vergleiches, die auch aus der „komparativen Inzucht“ resultieren, können durch überregionale Transitionsvergleiche „aufgebrochen“ werden.

Es ist wohl den obengenannten Defiziten, dem Fehlen definitorischer Schärfe, einem mangelnden „*cross-national*-Anspruch“ und zuweilen auch politischen und wissenschaftsstrategischen Präferenzen geschuldet, wenn México, Venezuela, Perú, Guatemala, Honduras, El Salvador und Kolumbien (aber auch Cuba und Haiti) „*deviant cases*“ der „klassischen“ vergleichenden Transitions*literatur* sind. Auch dependenztheoretisch orientierte Autoren haben die Problematik dieser *deviant cases* nicht zur Profilierung ihres alternativen Ansatzes genutzt. Die Marginalisierung dieser Fälle ergibt sich zunächst daraus, daß Transition in der einschlägigen Literatur nur als Regimewandel, nicht aber breiter, also auch als nichtinstitutioneller politischer Wandel und Revolution nicht als Sonderfall von Transition verstanden wird. Die Transitions*literatur* hat zudem weder die (in diesem Jahrhundert) länger zurückliegenden Transitionen, noch bestehenden Transitions*bedarf*, noch keimhafte, im Ansatz „versandete“ oder „eingefrorene“ Transitionsversuche thematisiert.

Die *deviant cases* entsprechen natürlich nicht jenem „Normalfall“ eines Regimewechsels, der zwischen dem Ende der siebziger und dem Ende der achtziger Jahre auf evolutionärem Wege in Südamerika stattgefunden hat. *Insofern* sind diese Länder auch „Marginalfälle“ der Transition

selbst. Allein „the analysis of deviant cases is at the heart of the comparative method“,¹²⁸ so Doghan/Pelassy, denn die *deviant cases* lenken den Blick auf die weißen Felder bisheriger Forschung. Paradox formuliert, dürften daher *deviant cases* des Untersuchungsgegenstandes am wenigsten *deviant cases* der Debatte über denselben sein. Wenn es auch gerade diese *deviant cases* sind, die wegen besonderer Ähnlichkeiten den Mittelamerika-Südamerika-Vergleich anmahnen, so auch weil die fehlende Analyse ihrer Ähnlichkeiten im Zusammenhang mit grundsätzlichen Defiziten der komparativen Transitionsanalyse steht: der Mißachtung des Wertes longitudinaler und diachroner Vergleiche aufgrund des Ignorierens von sozialstruktureller Präfiguration und Zyklizität der Transitionsprozesse, der Überbewertung von Konkordanz- und Differenzmethode im Vergleich zu Korrelationsanalysen, der Projizierung einer nicht vorhandenen Linearität von Transitionsprozessen durch die Mißachtung intervenierender Variablen und dem unkontrollierten *small-N-Problem*¹²⁹ bei Versuchen, aus den wenigen „klassischen“ Transitionsfällen (Argentinien, Brasilien, Chile) schon eine Transitionstheorie ableiten zu wollen.

Die Transitionsproblematik ist noch aktuell – für die „Marginalfälle“ genauso wie für die Analyse jener „klassischen“ Transitionsfälle, die von Sorensen zu Recht als „restricted, frail and unconsolidated, and plagued by acute social and economic problems“¹³⁰ beschrieben werden. Metatheoretische oder selbstreflektive Überlegungen können eine fruchtbringende Zäsur in der gegenwärtigen Debatte, nicht aber ihr Ende konstituieren. Die Herausforderung besteht darin, die Transitionsdebatte radikal zu „erneuern“, obgleich ihr Untersuchungsgegenstand noch keine (auch keine relative) Abgeschlossenheit erreicht hat. Die Disputanten haben zur gleichen Zeit zu wenig zurückgeschaut und zu wenig nach vorn geblickt. Soll heißen: Es gilt, den „alten“ krisen-, konflikt- und revolutions-theoretischen mit einem „neuen“, zivilisationstheoretischen *approach* zusammenzuführen. Das kann nur gelingen, wenn durch longitudinale Studien die historisch-strukturelle Präfiguration und die Zyklizität von Transitionsprozessen widerspiegelt werden. In den Vordergrund muß dabei das Nachdenken darüber treten, inwieweit es sich noch um oligarchische oder schon um bourgeoise Gesellschaften handelt und inwieweit die Konstituierung einer bürgerlichen Gesellschaft trotz oder sogar entgegen den strukturellen Defiziten vorweggenommen werden kann. Dies wären Optionen, wie der Transitionsdiskurs dem „*theoretical impasse*“ entinnen könnte. Dann würde sich die Transitionsanalyse auch an ihre bisheri-

gen *deviant cases* heranwagen können, ohne dabei das Schicksal der bis jetzt erfolgreichen Transitionen aus den Augen zu verlieren. Es bleibt zudem abzuwarten, ob sich nicht die einst so hoffnungsvoll die Konsolidierung anstrebenden neuen Demokratien künftighin gerade an diese hybriden *deviant cases* annähern werden. Die Defizite der bisherigen Transitionsliteratur, insoweit sie auf traditionellen „falschen“ Dichotomien beruhen, sind nicht nur „hausgemacht“. Doch gerade im Fokus der Transitionsdebatte, nicht nur über Lateinamerika, sind diese besonders deutlich geworden. Eine konsequente Anwendung und Weiterentwicklung des komparativen Instrumentariums für und durch die Transitionsdebatte kann nur von Nutzen sein. Die zu Lateinamerika vorliegende Transitionsliteratur ist noch nicht konsequent komparativ. Sie generierte noch keine eigenständige Theorie. Doch sie ist mehr als nur deskriptiv.

- 1 Vgl. G. O'Donnell/P. Schmitter/L. Whitehead (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Prospects for Democracy*, Baltimore 1986. Natürlich gehen die Ursprünge der Analyse der neueren Transitionsprozesse bis zum Beginn der „Welle“ am Ende der siebziger Jahre zurück. Doch zweifellos bildet dieses Standardwerk, das seinerseits Resultat einer siebenjährigen Diskussion ist, die Zäsur auf dem Weg zur eigentlichen Transitionsdebatte.
- 2 S. Mainwaring, *Transitions to Democracy and Democratic Consolidation: Theoretical and Comparative Issues*, in: *Issues in Democratic Consolidation*, hrsg. von S. Mainwaring/G. O'Donnell/J. S. Valenzuela, Notre Dame 1992, S. 295.
- 3 D. A. Rustow, *New Horizons for Comparative Politics*, in: *Comparative Politics. A Reader*, hrsg. von H. Eckstein/D. E. Apter, New York, London 1966, S. 64.
- 4 Vgl. N. Lechner, *Revolución o ruptura pactada*, in: *Caminos de la democracia en América Latina*, hrsg. von Fundación Pablo Iglesias, Madrid 1984, S. 287–298; R. Farfán Hernández, *Realismo, elitismo y democracia en América Latina*, in: *Sociológica*, 7 (1992) 19, S. 82ff. Dies widerspricht der Konvention, für Lateinamerika modernisierungs- und entwicklungstheoretische Paradigmen (zuweilen als drittes auch das korporatistische) anzunehmen. Vgl. K. P. Erickson/D. A. Rustow, *Global Research Perspectives: Paradigms, Concepts, and Data in a Changing World*, in: *Comparative Political Dynamics. Global Research Perspectives*, hrsg. von D. A. Rustow/K. P. Erickson, New York 1991, S. 448ff.
- 5 Wir schließen uns hier der Meinung von Dieter Nohlen und Bernhard Thibaut an. Vgl. D. Nohlen/B. Thibaut, *Transitionforschung zu Lateinamerika: Ansätze, Konzepte, Thesen*, in: *Systemwechsel I. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, hrsg. von W. Merkel, Opladen 1994, S. 195.
- 6 Vgl. S. Huntington, *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman 1991; P. Schmitter, *Cinco reflexiones sobre la cuarta onda de democratizaciones*, in: *Transiciones a la democracia en Europa y América Latina*, hrsg. von C. Barba Solano/J. L. Barros Horcasitas/J. Hurtado, México D. F. 1991.
- 7 Vgl. R. Pastor, *Introduction: The Swing of the Pendulum*, in: *Democracy in the Americas. Stopping the Pendulum*, hrsg. von R. Pastor, New York, London 1989.
- 8 Hier soll nur komparative Transitionsliteratur mit einem subkontinentalen Bezug und einem

Die Transitionsdebatte über Lateinamerika

hohen methodologischen Anspruch besprochen werden. Somit will auch dieser Artikel nur methodologisch anregend und nicht vordergründig empirisch informativ sein. Gleichzeitig können aus Platzgründen wichtige Themen nicht oder nur am Rand berührt werden: z. B. das Verhältnis von Demilitarisierung und Demokratisierung, von Präsidialismus und Demokratie, von Parteiensystem und Pluralismus, von Dezentralisierung und Transition u.a.

- 9 K. von Beyme, Die vergleichende Politikwissenschaft und der Paradigmenwechsel in der Theorie, in: Politische Vierteljahresschrift, 31 (1990) 3, S. 470.
- 10 M. Cavarozzi, zitiert in: F. Hagopian, After Regime Change. Authoritarian Legacies, Political Representation, and the Democratic Future of South America, in: World Politics, 45 (1993) 3, S. 499.
- 11 R. Munck, After the Transition: Democratic Disenchantment in Latin America, in: European Review of Latin American and Caribbean Studies, (1993) 55; F. Weffort, Nuevas democracias: qué democracias ? in: Revista Foro, (1994) 24, S. 26.
- 12 Vgl. S. Mainwaring/G. O'Donnell/J. S. Valenzuela (Hrsg.), Issues in Democratic Consolidation (Anm. 2); L. Whitehead, The Consolidation of Fragile Democracies: A Discussion with Illustrations, in: Democracy in the Americas (Anm. 7). L. Diamond, Toward Democratic Consolidation, in: Journal of Democracy, 5 (1994) 3; D. Chull Shin, On the Third Wave of Democratization: A Synthesis and Evaluation of Recent Theory and Research, in: World Politics, 47 (1994) 1, S. 168ff.
- 13 Vgl. F. Weffort, Nuevas democracias (Anm. 10), S. 24.
- 14 Vgl. E. Torres-Rivas, La gobernabilidad centroamericana en los noventa. Consideraciones sobre las posibilidades democráticas en la postguerra, in: Revista Paraguaya de Sociología, 30 (1993) 88, S. 95. Ders., El tamaño de nuestra democracia, San Salvador 1992, S. 42ff.
- 15 J. Petras, „Resurgent Democracy“: Rhetoric and Reality, in: New Left Review, (1985) 155.
- 16 Vgl. A. MacEwan, Transitions from Authoritarian Rule, in: Latin American Perspectives, 15 (1988) 3, S. 130; J. M. Malloy, The Politics of Transition in Latin America, in: Authoritarians and Democrats. Regime Transition in Latin America, hrsg. von J. M. Malloy/ M. S. Seligson, Pittsburgh 1988, S. 236.
- 17 Vgl. G. O'Donnell, Delegative Democracy, in: Journal of Democracy, 5 (1994) 1; N. Lechner, Market Society and Changing Patterns of Politics, XVIth Congress of IPSA, Berlin 1994.
- 18 Vgl. Evrazija – Iberoamerika: tradicii i modernizacija, in: Latinskaja Amerika, (1994) 3.
- 19 Vgl. P. Cammack, Democratization and Citizenship in Latin America, in: Democracy and Democratization, hrsg. von G. Parry/M. Moran, London/New York 1994, S. 174ff.; J. Nun, Democracy and Democratization, Thirty Years Later, in: Latin American Perspectives, 20 (1993) 4, S. 7.
- 20 J. D. Martz, Political Science and Latin American Politics, in: Journal of Politics, 28 (1971) 1, S. 71.
- 21 G. Sartori, Comparing, Miscomparing and the Comparative Method, in: Comparing Nations. Concepts, Strategies, Substance, hrsg. von M. Dogan/A. Kazancigil, Oxford/Cambridge 1994, S. 26.
- 22 D. Dent, Introduction: Political Science Research on Latin America, in: Handbook Handbook of Political Science Research on Latin America. Trends from the 1960s to the 1990s, hrsg. von D. Dent, New York, Westport, London 1990, S. 11; D. Nohlen, Politikwissenschaftliche Lateinamerikaforschung in Deutschland. Arbeitspapier Nr. 7, Heidelberg 1993, S. 3 ff.; J. D. Martz, Problems of Conceptualization and Comparability in Latin America, in: Comparing

Nations (Anm. 20), S. 240ff.

- 23 Vgl. G. Di Palma, *To Craft Democracies. An Essay on Democratic Transitions*, Berkeley/Los Angeles/Oxford 1990.
- 24 Vgl. J. Linz, *Democracia: presidencialismo o parlamentarismo. Hace alguna diferencia?*, in: *Hacia una democracia moderna: la opción parlamentaria*, hrsg. von O. Godoy, Santiago de Chile 1990.
- 25 Vgl. vor allem A. Przeworski, *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991. Zur Kritik an der „demokratietechnologischen“ Sicht vgl.: O. Fernández Reyes, *Política, economía y subjetividad: de la transición posible a la consolidación improbable*, in: *Sociológica*, 7 (1992) 19, S.40.
- 26 Vgl. D. Rueschemeyer/E. Huber-Stephens/J. D. Stephens, *Capitalist Development and Democracy*, Chicago 1992; R. B. Collier/D. Collier, *Shaping the Political Arcna. Critical Junctures, the Labor Movement, and Regime Dynamics in Latin America*, Princeton 1991; H. C. F. Mansilla, *Posibilidades y dilemas de los procesos de democratización en América Latina*, La Paz 1991; D. Nohlen/B. Thibaut, *Transitionsforschung zu Lateinamerika* (Anm. 5), S. 203ff. Für Mittelamerika sind vor allem die Arbeiten von E. Torres-Rivas zu nennen.
- 27 Vgl. B. Gills/J. Rocamora/R. Wilson, *Low Intensity Democracy*; A. G. Frank, *Marketing Democracy in an Undemocratic Market*; S. Amin, *The Issue of Democracy in the Contemporary Third World*, alle in: *Low Intensity Democracy. Political Power in the New World Order*, hrsg. von B. Gills/J. Rocamora/R. Wilson, London/Boulder 1993; I. Wallerstein, *Development: Lodestar or Illusion ?* in: *Capitalism and Development*, hrsg. von L. Sklair, London, New York 1994. Die genannten Artikel sind allerdings nicht auf Lateinamerika konzentriert. Vgl. dafür u.a. A. Touraine, *América Latina. Política y sociedad*, Madrid 1989; C. Vilas, *Transición desde el subdesarrollo. Revolución y reforma en la periferia*, Caracas 1989.
- 28 Vgl. G. O'Donnell, *On the State, Democratization and Some Conceptual Problems. (A Latin American View with Glances at Some Post-Communist Countries)*, Working Paper No. 192, Notre Dame 1993; ders., *Hacia una democracia delegativa ?* in: *Lasa-Forum*, 23 (1992) 2; P. Schmitter, *Dangers and Dilemmas of Democracy*, in: *Journal of Democracy*, 5 (1994) 2; T. L. Karl/P. Schmitter, *Modes of Transition in Latin America. Southern and Eastern Europe*, in: *International Social Science Journal*, (1991) 128; L. Whitehead, *The Alternatives to 'Liberal Democracy': a Latin American Perspective*, in: *Political Studies*, (1992) XL, Special Issue.
- 29 Vgl. G. Munck, *Between Theory and History and Beyond Traditional Area Studies. A New Comparative Perspective on Latin America*, in: *Comparative Politics*, July 1993, S. 477.
- 30 Vgl. G. O'Donnell/P. Schmitter, *Transition from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore 1989, S. 6.
- 31 Vgl. W. Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel I* (Anm. 5); E. Sandschneider, *Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*, Opladen 1995; R. Tetzlaff (Hrsg.), *Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern*, Hamburg 1993; D. Nolte, *Lateinamerika im Umbruch? Wirtschaftliche und politische Veränderungen an der Wende von den 80er zu den 90er Jahren*, Münster/Hamburg 1991; D. Nohlen, *Militärregime und Redemokratisierung in Lateinamerika*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (1986), B 9.
- 32 Vgl. S. Huntington, *The Third Wave* (Anm. 6).
- 33 Vgl. D. Share/S. Mainwaring, *Transitions through Transactions: Democratization in Brazil and Spain*, in: *Political Liberalization in Brazil*, hrsg. von W. Selcher, Boulder/London

Die Transitionsdebatte über Lateinamerika

- 1984.
- 34 Vgl. T. L. Karl, Dilemmas of Democratization in Latin America, in: Comparative Political Dynamics (Anm. 4); T. L. Karl/P. Schmitter, Modes of Transition (Anm. 28).
- 35 Die Begriffe gehen auf den spanischen Politologen Juan Linz zurück. Vgl. J. Linz/A. Stepan, Democratic Transitions and Consolidation: Eastern Europe, Southern Europe & Latin America, Yale 1991.
- 36 Vgl. G. O'Donnell/P. Schmitter, Transitions from Authoritarian Rule (Anm. 30), S. 6ff.
- 37 Vgl. D. Nohlen, Militärregime und Redemokratisierung in Lateinamerika (Anm. 31); H.-W. Krumwiede, Demokratisierung in Lateinamerika, in: Weltordnung oder Chaos?, hrsg. von A. Zunker, Baden-Baden 1993; Vgl. auch die kritischen Berkungen von O'Donnell, Hacia una democracia delegativa (Anm. 28), S. 7ff.
- 38 Vgl. E. Torres Rivas, El tamaño de nuestra democracia (Anm. 13), S. 29.
- 39 Vgl. D. E. Apter, Some Conceptual Approaches to the Study of Modernization, Berkeley 1968, S. 297.
- 40 Zu Recht resümiert dies Levine. Vgl. D. H. Levine, Paradigm Lost: Dependence to Democracy, in: World Politics, XL (1988) 3, S. 379.
- 41 Vgl. G. O'Donnell, Reflections on the Patterns of Change in the Bureaucratic-Authoritarian State, in: Latin American Research Review, 12 (1978) 1.
- 42 Vgl. G. O'Donnell/P. Schmitter, Transitions from Authoritarian Rule (Anm. 30).
- 43 Vgl. ders., On the State, Democratization and Conceptual Problems (Anm. 28).
- 44 Vgl. C. Strasser, Para una teoría de la democracia posible. La democracia y lo democrático, Buenos Aires 1991, S. 16.
- 45 Vgl. J. Shearmur, In Defense of Neoliberalism, in: Capitalism, Socialism, and Democracy Revisited, hrsg. von L. Diamond/M. F. Plattner, Baltimore 1993, S. 74.
- 46 Vgl. Anm. 16 und F. Weffort, Cuál democracia? San José 1993, S. 167ff.
- 47 S. P. Huntington, The Modest Meaning of Democracy, in: Democracy in the Americas (Anm. 7), S. 12.
- 48 Vgl. Wefforts Verweis auf Dahl in: F. Weffort, Nuevas democracias: qué democracias? (Anm. 10), S. 31.
- 49 Vgl. R. Dahl, Democracy and its Critics, New Haven/London 1989, S. 251ff.
- 50 Vgl. (in der Tendenz) T. L. Karl, Dilemmas of Democratization (Anm. 4); M. Krennerich, Die Kompetitivität der Wahlen in Nicaragua, El Salvador und Guatemala in historisch vergleichender Perspektive, in: Ibero-Amerikanisches Archiv, 18 (1992) 1/2; E. Bernzten, Democratic Consolidation in Central America: A Qualitative Comparative Approach, in: Third World Quarterly, 14 (1993) 3; Vgl. auch die Gegenmeinung von B. Loveman, 'Protected Democracies' and Military Guardianship: Political Transitions in Latin America, 1978-1993, in: Journal of Interamerican Studies and World Affairs, 36 (1994) 2.
- 51 H.-J. Puhle, Sehnsucht nach der Revolution. Zur Typologie der Faktoren und Bedingungen des politischen Prozesses und des politischen Stils in Lateinamerika, in: Politik in Lateinamerika, hrsg. von K. Lindenberg, Hannover 1971, S. 14.
- 52 Vgl. O. Fernández Reyes, Política, economía y subjetividad (Anm. 25), S. 51.
- 53 C. Strasser, Para una teoría de una democracia posible (Anm. 44), S. 154, 158.
- 54 E. Torres-Rivas, El tamaño de nuestra democracia (Anm. 13), S. 30; ders., Centroamérica: La democracia posible, San José 1987, S. 65ff.
- 55 Vgl. G. Maihold, Representación política y sociedad civil en Centroamérica, in: Qué será de Centroamérica? Gobernabilidad, legitimidad electoral y sociedad civil, hrsg. von G. Maihold/M. Carballo Quintana, San José 1994, S. 204.

- 56 Vgl. R. Farfán Hernández, Realismo, elitismo y democracia en América Latina (Anm. 4), S. 89.
- 57 H. Zelman, Culture and Power, in: Latin America Today, hrsg. von P. González Casanova, Tokio/New York/Paris 1993, S. 188.
- 58 L. Paramiño, Consolidación democrática, desafección política y neoliberalismo, in: Cuadernos del CLAEH, 18 (1993/94) 68, S. 17.
- 59 Vgl. R. Munck, Democracy and Development: Deconstruction and Debates, in: Capitalism and Development, hrsg. von L. Sklair, London, New York 1994, S. 22.
- 60 Dabei entsteht die Frage nach dem gesellschaftlichen „Ausschnitt“, den beide Kategorien „abdecken“, nach der Tiefe des bezeichneten Wandels und nach seiner „Gerichtetheit“, das heißt nach Emanzipations- bzw. Fortschrittsgewinn oder -verlust. Hier soll davon gegangen werden, daß Transition nur politisch, Transformation dagegen gesamtgesellschaftlich dimensioniert ist. Zur besseren Handhabung der Kategorien bietet es sich jedoch an, den politischen Bereich nur der „Transition“ zuzuschlagen und aus der „Transformation“ „auszuschneiden“. „Transition“ und „Transformation“ werden somit bewußt als Komplemente gefaßt, die in der Realität natürlich auseinanderfallen können. Sowohl „Transition“ als auch „Transformation“ können auch antidemokratisch und modernisierungsfeindlich sein. Beide schließen Reform und Revolution ein, beide beziehen sich nur auf einen *signifikanten* Wandel, das heißt auf einen Wandel mit systemarer und nationaler Dimension. Insofern ist „Demokratisierung“ breiter als lediglich die „Summe“ von Reform und Revolution, denn sie beinhaltet auch jede graduelle und lokale prodemokratische Veränderung.
- 61 J. Sanin, Preface, Colombia's Democracy: Myth or Reality? in: J. P. Osterling, Democracy in Colombia. Clientist Politics and Guerrilla Warfare, New Brunswick/London 1989, S. XVI.
- 62 Vgl. El terrorismo de Estado en Colombia, Brüssel 1992, S. 5ff.
- 63 Vgl. zu dieser Problematik: M. A. Garretón, Human Rights in Processes of Democratization, in: Journal of Latin American Studies, 26 (1994) Part 1.
- 64 Damit ist zunächst die direkte physische lebensbedrohende Gewalt gemeint. Doch schließt dies ebenso eine solche Armut unter der *bottom line* ein, die Hungertod bzw. Tod oder Siechtum durch vermeidbare Krankheit verursacht. Das schließt nicht die Einschätzung von Armut als grundsätzlich inhuman aus. Vgl. auch: C. Anglade, Democracy and the Rule of Law in Latin America, in: Developing Democracy, hrsg. von I. Budge/D. McKay, London, Thousand Oaks, New Dehli 1994, S. 242ff.
- 65 Vgl. S. M. Lipset Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: American Political Science Review, (1959) 53.
- 66 Vgl. G. O'Donnell, Reflections on the Patterns of Change in the Bureaucratic-Authoritarian State (Anm. 41). Zur Kritik dieser These vgl. A. O. Hirschman, El paso al autoritarismo en América Latina y la búsqueda de sus determinantes económicos, in: El nuevo autoritarismo en América Latina, hrsg. von D. Collier, México D.F. 1985; R. R. Kaufman, Cambio industrial y gobierno autoritario en América Latina: Un análisis concreto del modelo burocrático-autoritario, in: ebenda.
- 67 Vgl. zum Beispiel: S. Huntington, The Third Wave (Anm. 6); J. Higley/R. Gunther (Hrsg.), Elites and Democratic Consolidation in Latin America and Southern Europe, Cambridge 1992; G. Schubert/W. Vennwald, Einige Überlegungen zum Stand der politikwissenschaftlichen Demokratisierungsforschung, in: Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern, Hamburg 1993; L. Diamond/J. J. Linz/S. M. Lipset (Hrsg.),

Die Transitionsdebatte über Lateinamerika

- Democracy in Developing Countries. Latin America, Boulder, London 1989, S. 9.
- 58 Besonders dezidiert formuliert das C. Vilas. Vgl. C. Vilas, *Sociedad civil y pueblo*, in: *Revista Paraguaya de Sociología*, 30 (1993) 86. Vgl. auch: F. Calderón/A. Piscitelli/J. L. Reyna, *Social Movements: Actors, Theories, Expectations*, in: *The Making of Social Movements in Latin America. Identity, Strategy, and Democracy*, hrsg. von A. Escobar/S. E. Alvarez, Boulder/Oxford 1992.
- 69 L. Whitehead, *The Alternatives to 'Liberal Democracy'* (Anm. 28), S. 148.
- 70 Vgl. D. Rueschemeyer/E. Huber-Stephens/J. D. Stephens, *Capitalist Development and Democracy* (Anm. 26); R. B. Collier/D. Collier, *Shaping the Political Arena* (Anm. 26); Vgl. auch das allerdings schon in der ersten Diskussionsphase der Transitionsdebatte erschienene Buch von Touraine: A. Touraine, *América Latina. Política y sociedad* (Anm. 7).
- 71 Vgl. D. Rueschemeyer/E. Huber-Stephens/J. D. Stephens, *Capitalist Development and Democracy* (Anm. 26), S. 4.
- 72 Ebenda, S. 7.
- 73 Ausnahmen sind: P. Cammack, *Democratization and Citizenship in Latin America* (Anm. 18), 176 ff; R. H. Dix, *History and Democracy Revisited*, in: *Comparative Politics*, 27 (1994) 1; D. Rueschemeyer/E. Huber-Stephens/J. D. Stephens, *Capitalism, Development and Democracy* (Anm. 26). Das schließt nicht aus, daß dieses Problem an sich betrachtet worden ist, nur eben kaum von der politologischen Transitionsliteratur.
- 74 Vgl. M. Cavarozzi, *Beyond Transitions to Democracy in Latin America*, in: *Journal of Latin American Studies*, 24 (1992) Part III, S. 668.
- 75 Vgl. L. E. Armijo/T. J. Bierstecker/A. F. Lowenthal, *The Problems of Simultaneous Transitions*, in: *Journal of Democracy*, 5 (1994) 4.
- 76 Das wird auch von Befürwortern neoliberaler Strategien anerkannt. Vgl. G. Philip, *New Economic Liberalism and Democracy in Spanish America*, in: *Government and Opposition*, 29 (1994) 3, S. 369.
- 77 Vgl. *Las 500 de América Economía*, in: *América Economía*, Diciembre 1992, S. 46ff.
- 78 Vgl. u.a. A. Przeworski/F. Limongi, *Political Regimes and Economic Growth*, in: *Economic Perspectives*, 7 (1993) 3; L. C. Bresser Pereira/J. M. Maravall/A. Przeworski (Hrsg.), *Economic Reforms in New Democracies: A Social-Democratic Approach*, New York 1993; S. Haggard/R. R. Kaufman, *The Challenges of Consolidation*, in: *Journal of Democracy*, 5 (1994) 4; F. J. Hinkelammert, *Las tareas futuras del Estado, frente al mercado y la sociedad civil, en el istmo centroamericano*, in: *Democracia sin pobreza. Alternativa de desarrollo para el istmo centroamericano*, hrsg. von E. Stein/S. Arias Peñate, San José 1992; G. O'Donnell, *On the State* (Anm. 28); E. Faletto, *La función del Estado en América Latina*, in: *Revista Foro*, (1994) 23; F. Calderón/M. R. Dos Santos, *Hacia un nuevo orden estatal en América Latina. Veintetesis sociopolíticas y un corolario*, in: *Sociológica*, 7 (1992) 19.
- 79 M. Naím, *Latin America: The Second Stage of Reform*, in: *Journal of Democracy*, 5 (1994) 4, S. 32.
- 80 Vgl. P. B. Evans/D. Rueschemeyer/T. Skocpol (Hrsg.), *Bringing the State back in*, Cambridge 1985.
- 81 C. Mouffe, *Ciudadanía democrática y comunidad política*, in: *La democracia de fin de siglo*, hrsg. von E. Laclau/C. Mouffe, Asunción 1991, S. 21.
- 82 L. Whitehead, *The Alternatives to 'Liberal Democracy'* (Anm. 28), S. 153.
- 83 Nicht zu verwechseln mit den „Neuen Rechten“ in Europa. Vgl. D. A. Chalmers/C. de Souza/M. do Carmo Campello/A. Borón (Hrsg.), *The Right and Democracy in Latin America*, New York/Westport/London 1992.

- 84 Vgl. F. Weffort, Cuál democracia ? (Anm. 46); A. Cucva, Las democracias restringidas de América Latina, Quito 1988; F. Hinkelammert, Las tareas futuras del Estado, frente al mercado y la sociedad civil, en el istmo centroamericano (Anm. 78).
- 85 Vgl. R. Dahl, Democracy and its Critics (Anm. 49), S. 251ff.
- 86 Vgl. G. O'Donnell/P. Schmitter, Transitions from Authoritarian Rule (Anm. 30), S. 11 ff.
- 87 Dahl spricht von der gegenwärtigen (globalen) dritten Transformation, die eine transnationale Demokratie etablieren müsse. Vgl. R. Dahl, A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation, in: Political Science Quarterly, 109 (1994) 1, S. 24. Vgl. auch R. O. Slater/B. M. Schutz/S. R. Dorr (Hrsg.), Global Transformation and the Third World, Boulder 1993.
- 88 Vgl. L. Binder, Crisis of Political Development, in: Crises and Sequences in Political Development, hrsg. von L. W. Pye, Princeton 1971, S. 3ff.
- 89 Vgl. K. Remmer, New Wine or Old Bottlenecks ? The Study of Latin American Democracy, in: Comparative Politics, 23 (1991) 4, S. 482.
- 90 Vgl. U. Menzel, Das Ende der dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt a.M. 1992, S. 125.
- 91 Vgl. A. Przeworski, Spiel mit Einsatz, Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo, in: Transit, (1990) 1, S. 191; R. Schmalz-Bruns, Civil Society – ein postmodernes Kunstprodukt ? In: Politische Vierteljahresschrift, 33 (1992) 2, S. 251 ff; J. L. Cohen/A. Arato, Civil Society and Political Theory, Cambridge (Mass.), London 1992, S. 15 ff, 54ff.
- 92 Vgl. L. Roniger, Civil Society, Patronage and Democracy, in: International Journal of Comparative Sociology, 35 (1994).
- 93 Lies erkennen an: L. Diamond, Toward Democratic Consolidation, in: Journal of Democracy, 5 (1994) 3, S. 6 f; J. Linz, (Wieder-) Aufbau der *civil society*, in: Transit, (1990) 1, S. 129.
- 94 Vgl. V. Heins, Ambivalenzen der Zivilgesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, 33 (1992) 2, S. 253, C. Offe, Moderne „Barbarei“: Der Naturzustand im Kleinformat?, in: Journal für Sozialforschung, 34 (1994) 3, S. 234ff.
- 95 Das versteht sich in Verbindung mit der im August 1994 gebildeten Convención Nacional Democrática, die als „Parlament der mexikanischen Zivilgesellschaft“ angesehen wird.
- 96 Vgl. Proceso (1994) 905, S. 11; A. Gilly, Die legale Linke hat wieder Horizont, in: Aufstand in Chiapas, hrsg. von A. Simmen, Berlin, Amsterdam 1994, S. 129; L. Conger, Mexico: Zapatista Thunder, in: Current History, March 1994, S. 117.
- 97 J. G. Castañeda, Utopia Unarmed, The Latin American Left after the Cold War, New York, S. 195.
- 98 Vgl. G. Di Palma, To Craft Democracies (Anm. 23), S. 34.
- 99 Vgl. die Ausnahmen: A. Touraine, América Latina, Política y sociedad (Anm. 7), S. 381 ff; K. Remmer, The Political Impact of Economic Crisis in Latin America in the 1980s, in: American Political Science Review, 85 (1991) 3; G. A. Almond/S. C. Flanagan/R. Mundt, Crisis, Choice, and Change in Retrospect, in: Government and Opposition, 7 (1992) 3. D. Held, Models of Democracy, Oxford 1987, S. 229. E. Torres-Rivas, El sistema político y la transición en Centroamérica, San José 1990, S. 7 ff. F. Weffort, Cuál democracia (Anm. 46), S. 95 ff. Anders dagegen wird die *ingobernabilidad*-Diskussion ausgetragen. Vgl. dazu Anm. 102.
- 100 Vgl. Anm. 91 und zur Kritik an dieser Position: H. Zelman, Culture and Power (Anm. 57), S. 196ff.
- 101 Vgl. J. F. Prud'Homme/M. Puchet Anyul, Enfoque de la transición a la democracia en

Die Transitionsdebatte über Lateinamerika

- América Latina. Revisión polémica y analítica de alguna bibliografía, in: Revista Mexicana de Sociología, 4 (1989) 4, S. 264ff.
- 102 Vgl. J. Nef/R. Bensabat, „Governability“ and the Receiver State in Latin America: Analysis and Prospects, in: Latin America to the Year 2000, hrsg. von A. R. M. Ritter/M. A. Cameron/D. H. Pollock, New York 1992; Gobernabilidad y democracia: Conceptos básicos. ASIES, Guatemala 1992; Qué será de Centroamérica (Anm. 55). E. Torres-Rivas, La gobernabilidad centroamericana en los noventa. Consideraciones sobre las posibilidades democráticas en la postguerra (Anm. 13).
- 103 Vgl. E. Sandschneider, Stabilität und Transformation politischer Systeme (Anm. 31), S. 110.
- 104 Das trifft nicht für diesen Zusammenhang auf *nationaler* Ebene zu. Das Verhältnis von regionalem Konflikt/Frieden und regionaler Demokratisierung wird thematisiert in: P. Bendel (Hrsg.), Zentralamerika: Frieden – Demokratie – Entwicklung ? Politische und wirtschaftliche Perspektiven in den 90er Jahren, Frankfurt a. M. 1993; J. Dunkerley, The Pacification of Central America, London 1993; Vgl. zu nicht regionalgebundenen theoretischen Überlegungen: W. J. Dixon, Democracy and the Peaceful Settlement of International Conflict, in: American Political Science Review, 88 (1994) 1.
- 105 Vgl. R. O. Slater/B. M. Schultz/S. R. Dorr, Introduction: Toward a Better Understanding of Global Transformation and the Third World, in: Global Transformation and the Third World (Anm. 87), S. 6 ff; A. O. Hirschman, Social Conflicts as Pillars of Democratic Market Society, in: Political Theory, 22 (1994) 2; Conflict Transformation, hrsg. von K. Rupesinghe, London 1995; H. C. F. Mansilla, Posibilidades y Dilemmas (Anm. 26), S. 45 ff.
- 106 Vgl. G. O'Donnell/P. Schmitter, Transitions from Authoritarian Rule (Anm. 30), S. 6.
- 107 Vgl. H. J. Wiarda, The Democratic Revolution in Latin America. History, Politics, and U.S. Policy, New York 1990.
- 108 Vgl. Vgl. T. L. Karl, Dilemmas of Democratization (Anm. 4), S. 172 ff; G. O'Donnell/P. Schmitter, Transitions from Authoritarian Rule (Anm. 30), S. 53 ff; Eine ähnliche Einschätzung erfolgte auch von traditionell „linken“ Autoren: Vgl. J. G. Castañeda, Utopia Unarmed. (Anm. 97), S. 68 ff, 241 ff, 377 ff, 428 ff; J. Aricó, zitiert ebenda, S. 241; Vgl. auch den Kommentar zu Castañedas Buch von Dunkerley: J. Dunkerley, Beyond Utopia: The State of the Left in Latin America, in: New Left Review, (1994) 206.
- 109 Vgl. T. P. Wickham-Crowley, Guerrillas & Revolution in Latin America. A Comparative Study of Insurgents and Regimes since 1956, Princeton 1992; E. Selbin, Modern American Revolutions, Boulder, San Francisco, Oxford 1993. Vgl. auch: A Symposium on Sociology of Revolution, in: Theory and Society, 23 (1994) 6; H. Starr, Revolution and War: Rethinking the Linkage Between Internal and External Conflict, in: Political Research Quarterly, 47 (1994) 2; J. J. Ryan, The Impact of Democratization on Revolutionary Movements, in: Comparative Politics, 27 (1994) 1; M. Shugart, Guerrillas and Elections: An Institutional Perspective on the Costs of Conflict and Competition, in: International Studies Quarterly, 36 (1992) 2.
- 110 S. P. Huntington, The Modest Meaning of Democracy (Anm. 7), S. 24.
- 111 Vgl. P. Schmitter, Dilemmas of Democracy (Anm. 28), S. 72.
- 112 Vgl. H.-W. Krumwiede, Militärherrschaft und (Re-) Demokratisierung in Zentralamerika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (1986) B 9, S. 20f.
- 113 Es steht außer Zweifel, daß mit der Modifizierung des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung, der im Ergebnis der mexikanischen Revolution das kommunale Landeigentum der *indígenas* für unantastbar erklärt hatte, wie sie 1992 in Vorbereitung von NAFTA

- vorgenommen wurde, die indigenistische Basis des EZLN entscheidend zu erklären ist.
- 114 Vgl. H.-W. Kruinwiede, *Demokratisierung in Lateinamerika* (Anm. 37), S. 287.
 - 115 Vgl. A. Przeworski/H. Teune, *The Logic of Comparative Social Inquiry*, New York, London, Toronto, Sydney 1970, S. 31ff.
 - 116 G. Sartori, *Concept Misformation in Comparative Politics*, in: *American Political Science Review*, LXIV (1970) 4, S.1033.
 - 117 Vgl. zum Beispiel A. Hadenius, *Democracy and Development*, Cambridge 1992; K. A. Bollen, *Political Democracy: Conceptual and Measurment Traps*, in: *On Measuring Democracy: Its Consequences and Concomitants*, hrsg. von A.Inkeles, New Brunswick, New Jersey 1991.
 - 118 Vgl. S. P. Huntington, *The Third Wave* (Anm. 6); G. Di Palma, *To Craft Democracy* (Anm. 23).
 - 119 Zur Kritik an diesen Ansätzen vgl.: G. Munck, *Democratic Transitions in Comparative Perspective*, in: *Comparative Politics*, 26 (1994) 3.
 - 120 Vgl. D. Collier, *New Perspectives on Comparative Method*, in: *Comparative Political Dynamics* (Anm. 4); J. D. Martz, *Problems of Conceptualization and Comparability in Latin America* (Anm. 21).
 - 121 J. S. Tulchin, *Emerging Patterns of Research in the Study of Latin America*, in: *Latin American Research Review*, 18 (1983) 1, S. 85ff.
 - 122 Vgl.D. W. Dent, *Introduction: Political Science Research on Latin America* (Anm. 21), S. 17.
 - 123 Vgl. E. Torres-Rivas, *Ciencia y conciencia sociales en Centroamérica*, in: *Polémica*, 2 (1989) 8, S. 12f.
 - 124 R. Trudeau, *Central America*, in: *Political Science Research on Latin America* (Anm. 21), S. 66.
 - 125 Vgl. A. Pérez, *Social Sciences and Social Reality in Central America*, in: *CEPAL-Review*, August 1993, S. 155.
 - 126 Vgl. ebenda, S. 159.
 - 127 Mit „komparativer Inzucht“ sollen nicht die großen Defizite, die auch der intra mittelamerikanische Vergleich aufweist, in Frage gestellt werden.Oder gilt eine überregionale „Vergleichssperre“, solange das mittelamerikanische „komparatistische Versprechen“ noch nicht eingelöst ist ? Wohl kaum. Es ist möglicherweise dieses Mißverständnis, dem P. Gärtner in seinem anregenden Artikel unterliegt. Vgl. P. Gärtner, *Zentralamerika als Gegenstand vergleichender Transitionsforschung – Ansätze, Probleme, Hypothesen*, in: diesem Heft.
 - 128 M. Dogan/D. Pelassy, *How to Compare Nations. Strategies in Comparative Politics*, Chatham 1990, S. 123.
 - 129 Vgl. A. Lijphart, *Comparative Politics and the Comparative Method*, in: *American Political Science Review*, LXV (1971) 3, S. 685ff.
 - 130 G. Sorenson, *Democracy and Democratization. Dilemmas in World Politics*, Boulder, Oxford 1993, S. 47.